Sicherheit neu denken

Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – Ein Szenario bis zum Jahr 2040

Kurzfassung

Becker, Ralf & Maaß, Stefan &
Schneider-Harpprecht, Christoph [Hg.]

EVANGELISCHE LANDESKIRCHE IN BADEN

ARBEITSSTELLE FRIEDEN

INHALTSVERZEICHNIS

1 Einleitung 3
1.1 Europa vor der Wahl: Militarisierung oder Zivilisierung der Sicherheitspolitik 3
1.2 Ausgangspunkt – der Beschluss der Landessynode 4
1.3 Vorgehensweise zur Erstellung des Szenarios „Sicherheit neu denken“ - Szenariotechnik 4
1.4 Wohin soll es konkret gehen? 4
1.5 Wer soll die Veränderung vollbringen? 5
1.6 Fokus Deutscher Beitrag 6
1.7 Faktengrundlagen und Urheberhinweise 6
1.8 Langfassung und Weiterverbreitung des Szenarios 6

2 Positivszenario „Nachhaltige zivile Sicherheit“ 7
2.1 Von 2018 bis 2040 – Meilensteine der Entwicklung 7
2.2 Die Pfeiler nachhaltiger ziviler Sicherheitspolitik Deutschlands ab dem Jahr 2025 12
I Gerechte Außenbeziehungen 12
II Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten 12
III Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur (EU, OSZE, NATO, UNO) . . 14
IV Resiliente Demokratie 17
V Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie 21

3 Zivile Sicherheitspolitik in Zahlen 24

4 Trendszenario „Schleichende Militarisierung“ 25

5 Negativszenario „Nahe am Abgrund“ 28

6 Literatur 32

Impressum:

Herausgegeben von Ralf Becker, Stefan Maas & Christoph Schneider-Harpprecht [Hg.]
im Auftrag des Evangelischen Oberkirchenrats
Erscheinungsjahr: 2018 - 2. ergänzte Auflage
Titel: Sicherheit neu denken – Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik
Gestaltung: Zentrum für Kommunikation, Ulrike Fuhry, www.ekiba.de
Evangelische Landeskirche in Baden, Postfach 2269, 76010 Karlsruhe

1 EINLEITUNG

1.1 Europa vor der Wahl: Militarisierung oder Zivilisierung der Sicherheitspolitik

- „Die NATO-Staaten haben sich bei ihrem Gipfeltreffen im walisischen Newport darauf geeinigt, wieder mehr Geld in die Verteidigungshaushalte zu investieren. Konkret wurde 2014 beschlossen, dass die NATO-Staaten darauf abzielen, „sich innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von zwei Prozent zuzubewegen.“ [1]
- „Die EU-Kommission schlägt vor, den Haushalt des IcSP [des an sich zivil ausgerichteten „Instruments für Stabilität und Frieden“] um 100 Millionen bis 2020 zu erhöhen, um militärische ‘Ertüchtigung‘“ zu integrieren.“[2]
- EU-Parlamentspräsident Tajani forderte am 13.11.2017 eine Verdopplung des Gemeinschaftshaushaltes von 140 auf 280 Mrd. Euro und begründete dies u.a. mit dem Antiterrorkampf und der Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich.[3]

Diese drei Aussagen zeigen eine wesentliche Erhöhung der Militärausgaben innerhalb der EU an. Doch warum? Hat die derzeitige militärgestützte Sicherheitspolitik dauerhafte Sicherheit gebracht oder nicht eher ständige neue Unsicherheiten? Waren Auslandseinsätze der Bundeswehr seit dem Jahr 2000 erfolgreich? Was ist mit den negativen Folgen militärischer Sicherheitspolitik (Opferzahlen, Traumatisierungen der Zivilbevölkerung und der Soldaten, Verhinderung des Entstehens demokratischer Gesellschaften, Zerstörungen, auch Umweltkatastrophen)? Es scheint weiterhin die Überzeugung vorhanden zu sein, dass Gewalt „das Böse“ und damit die Bedrohung beseitigen kann. Dieses Denken ist Grundbestandteil der sogenannten Sicherheitslogik. Sie führt aber weder zu Sicherheit noch zum Frieden.

Eine andere Herangehensweise stellt der friedenslogische Ansatz von Hanne-Margret Birckenbach dar, der ein Problem vom Rahmen der Aufgabe her betrachtet, „Frieden zu schaffen und das heißt Beziehungen zu ermöglichen, in der Gewalt unwahrscheinlich wird, weil Kooperation gelingt.“[4] Wie diese Idee, die Probleme und die Bedrohungen anders, nämlich nicht militärisch, konkret angegangen werden können, das soll – ähnlich wie bei der Transformation von der Atomkraft zu anderen Energiegewinnungsformen – im Folgenden entwickelt werden.

Wenn hier von einem Veränderungsprozess von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik durch deutsche Nachhaltigkeitspolitik bis zum Jahr 2040 die Rede ist, dann geht es auch um die Konversion der bewaffneten Institution Bundeswehr, die auf gewaltsame Formen der Konfliktaustragung ausgelegt ist. Die Autor*innen dieses Textes wollen mit Hilfe eines Szenarios zeigen, wie sich die deutsche Sicherheitspolitik von einer militärischen zu einer zivilen Sicherheitspolitik entwickeln kann.

1 Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages 2017, S. 1
2 Brot für die Welt (2017), S. 1.
3 Vgl. ebenda, S. 2f.. Gemeint ist die sog.Permanent Structured Cooperation (PESCO).
4 Vgl. Birckenbach (2016), S. 4

1.2 Ausgangspunkt – der Beschluss der Landessynode[4]

Unter der Ziff. 1.6 der Konkretionen zum Beschluss der Synode der Evangelischen Landeskirche in Baden, Kirche des gerechten Friedens zu werden, steht der folgende Teilbeschluss:

„Gleich dem nationalen Ausstiegsgesetz aus der nuklearen Energiegewinnung, gilt es – möglicherweise in Abstimmung mit anderen EU-Mitgliedsstaaten – ein Szenario zum mittelfristigen Ausstieg aus der militärischen Friedenssicherung zu entwerfen."

4 weitere Informationen zum friedensethischen Beschluss der Landeskirche finden Sie unter: www.kirche-des-friedens.de

1.3 Vorgehensweise zur Erstellung des Szenarios „Sicherheit neu denken" – Szenariotechnik

Die Arbeitsgruppe hatte das Ziel, bis zum Herbst 2018 ein Szenario zu entwerfen, das die Möglichkeiten gewaltfreier Selbstbehauptung einer demokratischen und an den Menschenrechten orientierten Gesellschaft aufzeigt und Wege eines mittelfristigen Umstiegs von der militärischen zu einer gewaltfreien Friedenssicherung entwirft.

Zur Erreichung dieses Ziels entschied sich die Arbeitsgruppe, die sog. Szenariotechnik zu verwenden. Diese wird „meistens dann angewandt, wenn es um die Lösung von Zukunftsproblemen, um globale Weltmodelle oder um langfristige Entwicklungsprognosen geht."[5]

Bei der Entwicklung des Szenarios „Sicherheit neu denken" hat sich die Arbeitsgruppe entschieden, den Zeitraum bis 2040 in den Blick zu nehmen. Das Positivszenario wird am umfangreichsten dargestellt, da es dem Auftrag entspricht, ein Szenario zu erstellen. Dem gegenüber stehen ein Trend- und ein Negativszenario in Form sogenannter Meilensteine.

5 Vgl. Albers und Broux (1999), S. 57

1.4 Wohin soll es konkret gehen?

„Wir müssen aus der Unentschlossenheit heraus zum Handeln kommen. Wir müssen neue Mittel und Wege finden, um für den Frieden … und für die Gerechtigkeit überall in der sich entwickelnden Welt einzutreten, in einer Welt, die vor unserer Haustür beginnt. Wenn wir jetzt nicht handeln, so wird man uns in jene dunklen und schrecklichen Verließe der Zeit werfen, die für jene bestimmt sind, die Größe ohne Mitleid, Macht, ohne moralische Verantwortung und Stärke ohne Weitsicht handhaben. Lasst uns jetzt anfangen." Martin Luther King[6]

Nachhaltige zivile Sicherheitspolitik beruht auf einer Friedensethik, in der sich die Gedanken und Handlungen nicht nur auf die eigenen nationalen Interessen beziehen, sondern zugleich reflektieren, welche Folgen diese für die Menschen in anderen Ländern haben. Sicherheit besteht in dieser Perspektive (nur) als gemeinsame Sicherheit aller Beteiligten. Das gilt sowohl für den Einzelnen in seinem privaten Alltag als auch für die Akteure in Wirtschaft, Politik, Kultur, Erziehung und Wissenschaft. In diesem Szenario entwickelt die Gesellschaft als Ganze eine Orientierung gemeinsamer Sicherheit als Weg und Ziel, um der Kultur der Gewalt entgegentreten und eine Kultur des Friedens entwickeln zu können.

Gemeinsame Sicherheit bedeutet, für die eigene Sicherheit einen Lebens- und Wirtschaftsstil zu praktizieren, der die ökologischen Ressourcen der Erde nur entsprechend unseres Bevölkerungsanteils in Anspruch nimmt und weltweit zu ökologisch und sozial gerechten

6 Vgl. King 1981, S. 92

Wirtschaftsbeziehungen führt. Es geht um eine konsequente Umsetzung der auf UN-Ebene vereinbarten Ziele weltweiter nachhaltiger Entwicklung bis zum Jahr 2030. Dieses Szenario führt dazu, finanzielle Mittel bis zum Jahr 2040 konsequent von militärischer Sicherheitspolitik hin zu ziviler Konfliktprävention und - bearbeitung umzulenken. Deutschland agiert dann mit anderen Staaten als ziviler Akteur innerhalb von EU, OSZE, UNO und NATO und fördert auf diese Weise europa- und weltweit eine bewusste Lernkultur für gewaltfreie Konfliktbearbeitung, die international eine entmilitarisierte Konfliktbearbeitung durch UNO-Polizeikräfte, die Ächtung und Abschaffung von Krieg und Militär sowie die Förderung gewaltfreier Konfliktkultur einleitet.

Das grundlegende globale Leitbild dieses Szenarios ist folgendes:

Die (reformierte) UNO ist die zentrale Instanz, die das friedliche Zusammenleben der Völker und Nationalstaaten regelt. Sie ist organisatorisch ein Dachverband kontinentaler Organisationen (OSZE, OAS, AU, ASEAN etc.) mit jeweils eigenen Sicherheitsräten und Polizeikräften. Auf der ganzen Welt werden Konflikte wesentlich über gewaltfreie Mechanismen (Prävention, Frühwarn- und Frühreaktions-Systeme) bearbeitet, die in allen Kulturen auf dieser Erde vorhanden sind. Sie führen zu Anerkennung, Ausgleich und fairen Ergebnissen, die die Ursachen gewaltsamer Konflikteskalation überwinden. Sollten diese Mechanismen nach Beschluss der Kontinental-Sicherheitsräte nicht greifen, werden UN-Polizei- und Peacekeepingkräfte eingesetzt. Deren Missionen sind den Menschenrechten und dem Schutz von Menschenleben verpflichtet und deren Mitarbeiter*innen sind in ziviler unbewaffneter Friedenssicherung und anderen Instrumenten und Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung ausgebildet. Da die UNO bzw. die Kontinentalorganisationen strukturell und finanziell in die Lage gesetzt werden, den Schutz der Menschen aller Nationalstaaten zu gewährleisten, fallen Gründe für die Aufrechterhaltung nationaler Armeen fort. Die Ächtung von Kriegen erhält eine praktische Umsetzung.

Aufgrund der Bedeutung des globalen Welthandels werden die Institutionen und Regelungsmechanismen der WTO in den Dienst einer Organisation der Weltwirtschaft nach gleichen sozialen und ökologischen Standards gestellt. Das beschriebene Leitbild ist eine konsequente Weiterentwicklung der Development Goals (SDGs), der 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030. Deren Ziel Nr. 16 „Frieden und Gerechtigkeit“ benennt die Koordinaten klar:

„Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.“

1.5 Wer soll die Veränderung vollbringen?

Da Politik immer auch ein Zusammenspiel gesellschaftlicher Kräfte ist, braucht es für die Realisierung dieses Szenarios ähnlich wie bei dem Ausstieg aus der Atomenergie und der Energiewende eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung. Ähnlich der erfolgreichen Erlassjahr-Kampagne „Entwicklung braucht Entschuldung“ in den Jahren 1996–2000 können hier die Kirchen eine wirksame Vorreiterrolle übernehmen, insbesondere was die Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDG) angeht. Diese können von der Ökumenischen Bewegung aufgegriffen und in die Zivilgesellschaft hinein transportiert werden. Die breite Diskussion dieser Nachhaltigkeitsziele kann sich für ihre zügige Umsetzung als außerordentlich hilfreich erweisen.

Ausgehend von der Initiative der Evangelischen Landeskirche in Baden, die ab 2018 in ein kirchlich-gesellschaftliches Bündnis (auch mit anderen Religionsgemeinschaften) in ganz Deutschland münden kann, können sich insbesondere kirchliche Netzwerke in Europa bis zum Jahr 2040 für eine Akzeptanz einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik einsetzen.

1.6 Fokus Deutscher Beitrag

Das Positivszenario hat einen Fokus auf Deutschland, da die Autor*innen aufzeigen wollen, welchen politischen Spielraum und welche Möglichkeiten ihr Land und ihre Menschen bei der Demilitarisierung Europäischer Sicherheitspolitik haben – gemeinsam mit allen gleich welcher Herkunft, Religion oder Nationalität, die sich mit auf den Weg machen wollen.

1.7 Faktengrundlagen und Urheberhinweise

Die im Positivszenario aufgeführten Fallbeispiele und Daten bis einschließlich zum Jahr 2017 basieren auf Fakten, die fast sämtlich dem Vierten Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ oder aber dem Leitbild „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ entnommen sind.[7]

Das Positivszenario versteht sich als Zusammenstellung und Weiterentwicklung vieler von anderen Autor*innen geleisteter Beiträge. Diese sind im Literaturverzeichnis zu finden.

7 Vgl. Die Bundesregierung (2017) und Die Bundesregierung (2014).

1.8 Langfassung und Weiterverbreitung des Szenarios

Die Inhalte dieses Szenarios sind komplex und verlangen daher nach einer ausführlichen Darlegung. Dies haben die Autor*innen in der Langfassung anhand vieler konkreter historischer wie aktueller Beispiele für gewaltfreies Handeln im lokalen, nationalen und internationalen Maßstab aufgezeigt.

Bitte verstehen Sie diese Kurzfassung als Anregung, auch die Langfassung des Szenarios zu lesen – in der Langfassung finden Sie zusätzlich zu den hier aufgeführten zwei konkreten Beispielen zahlreiche weitere konkrete Beispiele, wie zivile Sicherheitspolitik schon heute sehr erfolgreich funktioniert.

Mit dem Szenario „Sicherheit neu denken – Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ wollen die Autor*innen dem Diskurs über Sicherheit und Frieden eine neue Richtung geben. Damit dieses Szenario einer breiteren kirchlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht und in die kirchliche und gesellschaftliche Debatte eingebracht werden kann, braucht es Ihre Unterstützung. Gern stellen wir das Szenario bei Tagungen und Veranstaltungen vor.

Die detaillierte Darstellung des Szenarios, weitere Exemplare dieser Kurzfassung sowie eine Info-Karte zum Szenario sind erhältlich bei

Stefan Maaß

Verantwortlich für den Prozess
„Kirche des gerechten Friedens werden“
in der Ev. Kirche Baden

Postfach 2269, 76010 Karlsruhe

Email: stefan.maass@ekiba.de

Weitere Informationen zum friedensethischen Prozess der Landeskirche finden Sie auf unserer Homepage: www.kirche-des-friedens.de

Aktuelle Infos zu diesem Szenario finden Sie auch unter www.ekiba.de/friedensszenario

2 POSITIVSZENARIO „NACHHALTIGE ZIVILE SICHERHEIT“

2.1 VON 2018 BIS 2040 – MEILENSTEINE DER ENTWICKLUNG

2017: Verteidigungsministerin von der Leyen wirbt für zivile Sicherheitspolitik

Verteidigungsministerin von der Leyen wirbt für die Stärkung ziviler Pfeiler in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.[8] Sowohl die Diplomatie als auch die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung der Nachbarländer der EU sollen zukünftig gestärkt werden.

2018: Die Evangelische Kirche in Baden bringt das Szenario in die öffentliche Debatte

Die Landessynode der Evangelischen Kirche in Baden beauftragt ihre Kirchenleitung, ihr Szenario „Sicherheit neu denken – Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen bis zum Jahr 2019 in die deutsche und europäische Debatte einzubringen. Daraufhin wird das Szenario gemeinsam mit anderen Landeskirchen, dem Konsortium Ziviler Friedensdienst, der AGDF, dem Verein für Friedensarbeit im Raum der EKD, Brot für die Welt, Misereor, Missio, der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, des Netzwerks Friedenskooperative, der Kooperation für den Frieden, der Berghof Foundation, Pax Christi, der EAK, dem BSV, dem Versöhnungsbund sowie der Werkstatt für gewaltfreie Aktion und vielen anderen Organisationen in über 500 Veranstaltungen bekannt gemacht.

Im Auswärtigen Amt wird die 2015 geschaffene Abteilung S – Humanitäre Hilfe, Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge – von 500 auf 1.000 Stellen aufgestockt.

Eine Öffentlichkeitskampagne zivilgesellschaftlicher Menschenrechtsorganisationen und Kirchen führt zur Einschränkung des Anteils gewalthaltiger Filme und der gewalthaltigen Werbung für diese Filme im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

2019: EKD fordert Studie zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik Deutschlands

Über das europäische Netzwerk Church & Peace, den Internationalen Versöhnungbund, die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa GEKE sowie den ÖRK in Genf und die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft COMECE wird das Szenario darüber hinaus auch im europäischen Kontext in die gesellschaftliche Debatte eingespeist.

Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Wüstner, beschwert sich öffentlich, dass der Bundestag der Bundeswehr keine klaren Ziele für Auslandseinsätze vorgebe und damit die Soldat* innen regelmäßig in unhaltbare Situationen bringe.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) kritisiert, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr immer seltener den von ihr 2007 aufgestellten Kriterien für ethisch duldbare ultima-ratio-Einsätze militärischer Gewalt erfüllen. Die EKD fordert im Zusammenspiel mit der Kampagne die Finanzierung einer umfangreichen Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik durch die Bundesregierung.

8 Das tat die Verteidigungsministerin von der Leyen verbal in der ARD-Sendung „Anne Will“ am 22.01.2017.

Die weitreichende Traumatisierung von Soldat*innen durch Auslandseinsätze kommt zunehmend ins Bewusstsein der Öffentlichkeit.

Das Szenario für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik wird dank bundesweiter von verschiedenen Kirchen und zivilgesellschaftlichen Organisationen finanzierter Zeitungsanzeigen und großflächiger Infoplakate sowie Aktionstage einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Verschiedene Nachrichtensendungen berichten über das Szenario, Vertreter*innen des Szenarios erhalten Einladungen zu verschiedenen Fernseh-Talkshows.

In Österreich, Schweden und den Niederlanden werden die Ideen des Szenarios sowohl von der Zivilgesellschaft, den Kirchen als auch den Regierungen sehr positiv aufgenommen.

2020: Gründung der zivilgesellschaftlichen Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik

Gründung der bundesweiten Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik mit zunächst 30 Mitgliedsorganisationen, die gemeinsam das Ziel eines entsprechenden Bundestagsbeschlusses im Jahr 2025 formulieren. Die Mitgliedschaft in der als unabhängigem Verein organisierten Kampagne verpflichtet zunächst nur bis zu diesem Zeitpunkt.

Fünfzehn der 30 Mitgliedsorganisationen der Kampagne richten Stellen zur Unterstützung der Kampagne ein. Ein Kampagnenrat mit Vertreter*innen der Evangelischen Landeskirche in Baden sowie sonstiger kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen stimmt die Planung der Kampagnen-Policy sowie konkreter Aktionen miteinander ab. Erster Schwerpunkt der Kampagne ist die Aufforderung an die Bundesregierung, auf europäischer und internationaler Ebene für ein vollständiges weltweites Verbot von Atomwaffen einzutreten.

Mehrere große Terroranschläge verunsichern Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten. Es kommt zu gewalttätigen Ausschreitungen von Bürgern, die einen Austritt aus dem Schengen-Raum in Europa fordern. Deutschland und die Benelux-Staaten reagieren darauf mit einer weiteren Aufstockung ihrer Polizeikräfte und einer Ausweitung sozialer Integrationsprogramme.

2021: Beendigung staatlicher Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern

Der Bundestag beschließt die definitive Verbannung jeglicher Atomwaffen von deutschem Boden. Deutschland lobbyiert mit wachsendem Erfolg auf europäischer und internationaler Ebene für ein vollständiges weltweites Verbot von Atomwaffen.

Die „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“ erreicht einen Bundestagsbeschluss zur Beendigung staatlicher Bürgschaften für den Export von Rüstungsgütern. Ihre Forderungen zum Stopp jeglicher Rüstungsexporte wurden von der bundesweiten Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik übernommen. Durch erfolgreiche Aktionskampagnen sowie eine sehr kreative Öffentlichkeitsarbeit gewinnt die Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik bereits über 1.000 Mitgliedsorganisationen. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 gelingt der Kampagne die Bekanntmachnung des Szenarios „Sicherheit neu denken“ bei Bundestagskandidat*innen aller Parteien durch zahlreiche Podiumsdiskussionen in ganz Deutschland.

2022: Vergabe einer Studie zur nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik

Der Dialog der in der Kampagne zusammengeschlossenen zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen mit Abgeordneten und Regierungsmitgliedern intensiviert sich durch flächendeckende Veranstaltungen kirchlicher Akademien und parteinaher Stiftungen.

Flächendeckende Postkartenaktionen an die Bundestagsabgeordneten sowie kreative Veranstaltungen in jedem Wahlkreis fördern und unterstützen diesen Dialog.

Die EKD erreicht im Zusammenspiel mit der Kampagne die Vergabe einer umfangreichen Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik durch die Bundesregierung.

Politiker*innen konservativer Parteien und Vertreter der Rüstungsindustrie gründen die „Organisation für militärische Sicherheit“, die mit ganzseitigen Zeitungsanzeigen in allen großen Tageszeitungen sowie Fernsehspots für die Beibehaltung der bisherigen militärischen Sicherheitspolitik wirbt.

2023: Papst-Enzyklika „fructus justitiae pax“

Als der Papst in seiner Enzyklika „Fructus iustitiae pax – Der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein.“ (Jesaja 32,17) alle Staaten, insbesondere die Industriestaaten auffordert, ihre finanziellen Mittel deutlich von militärischer in Richtung nicht-militärischer Sicherheitspolitik umzuschichten, engagieren sich immer mehr Pfarrgemeinden und Kirchen in Deutschland und Europa für die Kampagne, die Ende des Jahres bereits 3.000 Mitträger-Organisationen aufweist.

Die Bundesregierung erlässt auf Anweisung des Bundesverfassungsgerichts in Erfüllung des im Art. 4 (1) GG garantierten Gewissensschutzes eine Verordnung, derzufolge kein Steuerzahler gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, Rüstung und Militär mitzufinanzieren. Immer mehr Menschen nehmen dieses Recht in Anspruch, so dass auch einige Parteien beginnen, den Rückbau der Bundeswehr in ihr Wahlprogramm aufzunehmen.

Sowohl die Evangelische als auch die Katholische Kirche in Deutschland setzen sich in ihren europäischen Netzwerken für eine Akzeptanz der beabsichtigten Demilitarisierung Europäischer Sicherheitspolitik durch deutsche Nachhaltigkeitspolitik in den restlichen EU-Staaten ein.

In Umfragen sprechen sich bereits 40 % der Bevölkerung für einen Umstieg Deutschlands zu einer zivilen Sicherheitspolitik aus.

2024: Studie der Bundesregierung empfiehlt die Umsetzung des Kampagnen-Szenarios

Die im Auftrag der Bundesregierung erstellte Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik belegt die ökonomische und politische Effizienz ziviler Friedenssicherung sowohl im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln als auch in Bezug auf die beabsichtigten Ziele und empfiehlt eine schrittweise Umsetzung des von der Kampagne vertretenen Szenarios.

Die Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik findet dank monatelanger flächendeckender Aktionen ihrer jetzt 5.000 Mitträger-Organisationen vor Bundeswehrstützpunkten und breiter Unterstützung aus den Bistümern und Landeskirchen bundesweite mediale Aufmerksamkeit und Sympathie. In Umfragen sprechen sich bereits 60 % der Bevölkerung für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik aus.

2025: Bundestagsbeschluss zum Umstieg Deutschlands zu einer zivilen Sicherheitspolitik

Das Szenario für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik Deutschlands findet auf dem ökumenischen Kirchentag in Bonn breite Unterstützung und beherrscht die bundesweite Berichterstattung. Spitzenpolitiker*innen fast sämtlicher Parteien öffnen sich für das Konzept und sichern eine schrittweise Umsetzung nach der anstehenden Bundestagswahl zu. In einer historischen Sitzung beschließt der neu gewählte Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit den Umstieg Deutschlands von einer militärischen zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik auf der Basis der fünf Säulen

1. Gerechte Außenbeziehungen
   Gestaltung ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechter Außenbeziehungen),
2. Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten
   (Förderung wirtschaftlicher Perspektiven und staatlicher Sicherheit östlich und südlich der EU),
3. Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur
   (Deutschland als Mitglied der EU, der OSZE, der NATO und der UNO),
4. Resiliente Demokratie sowie
5. Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie.

Der Bundestagsbeschluss umfasst auch den Einsatz Deutschlands für die Errichtung einer gemeinsamen Wirtschaftszone zwischen der EU und Russland/der EAWU (Eurasischen Wirtschaftsunion) bis zum Jahr 2030, die den Grundbaustein für eine ebenfalls 2030 zu vereinbarende Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland bilden soll. Weiter umfasst der Bundestagsbeschluss die Förderung von Bildungsarbeit im Bereich Zivile Konfliktbearbeitung und Resiliente Demokratie, die zukünftig durch die Mitgliedsorganisationen des in Gründung befindlichen zivilgesellschaftlichen Verbandes Gewaltfreiheit geleistet werden soll.

Der bisherige Bundestags-Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“ wird zum Ausschuss „Resiliente Demokratie“.

2026: Verhandlungen zwischen der EU und Russland zur Bildung einer Wirtschaftszone

Nach dem Erreichen des Bundestagsbeschlusses zur Umsetzung des Szenarios löst sich die 2020 gegründete zeitlich befristete Kampagnenorganisation für eine zivile Sicherheitspolitik auf. Als Nachfolge-Organisation gründet sich der bundesweite zivilgesellschaftliche Verband Gewaltfreiheit mit zunächst 2.500 Organisationen sowie 7.500 Einzelpersonen als Mitgliedern. Dieser Verband entwickelt in Kooperation mit den Kirchen und staatlichen Stellen die flächendeckende Bildungsarbeit sowie weitere zeitlich befristete Kampagnen zur Umsetzung der Säule IV „Resiliente Demokratie“ und begleitet kritisch-konstruktiv die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses im Inland.

Zeitgleich schließen sich auf europäischer Ebene unter Federführung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf zivilgesellschaftliche und kirchliche Organisationen aus dem Raum der EU und der EAWU zum Forum Zivile Sicherheit zusammen. Dieses Forum wirbt mit verschiedenen Kampagnen in den Kirchen und Zivilgesellschaften der Mitgliedsländer der EU und der EAWU für das Konzept der Gemeinsamen zivilen Sicherheit entsprechend des Szenarios.

Die Bundesregierung initiiert die Neugründung der Organisation desertec durch die EU samt allen Mittelmeer-Anrainerstaaten und ihren Zivilgesellschaften. Ziel der Organisation ist die Umsetzung der ökologisch-sozialen Vision der SDG der UNO.

Unter dem Dach der OSZE nehmen auf Betreiben Deutschlands die EU und die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU), die Russland, Weißrussland, Kasachstan, Armenien und Kirgisistan umfassen, Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok auf. Diese gemeinsame Wirtschaftszone soll die Grundlage für eine zeitgleich zu vereinbarende Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland bilden.

2027: Das ITHW übernimmt erste Ausrüstungen der Bundeswehr

Im Zuge der Konversion der Bundeswehr übernimmt das Internationale Technische Hilfswerk (ITHW) erste zivil nutzbare Ausrüstungen für verstärkte künftige zivile Einsätze der weltweiten medizinischen und technischen Katastrophenhilfe.

Rüstungsbetriebe entwickeln und bauen das vom ITHW benötigte Equipment und beginnen auf diese Weise die Konversion zur Produktion ziviler Produkte.

Die NATO kritisiert den Bundestagsbeschluss von 2025 zum beabsichtigten Umstieg Deutschlands zu einer vollständig zivilen Sicherheitspolitik. Das Bundeskabinett hält dem Druck der anderen NATO-Mitgliedsländer stand und verweist auf die eindeutige Stimmung der Bevölkerung hinsichtlich der beschlossenen Transformation. Die USA stellen daraufhin vorübergehend die Zusammenarbeit ihrer Geheimdienste mit den deutschen Behörden ein.

2028: Beginn von Verhandlungen über eine Sicherheitspartnerschaft mit Russland

Aufgrund der erfolgversprechenden Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftszone zwischen der EU und Russland/der EAWU beginnen Verhandlungen zum Auf-

bau einer Sicherheitspartnerschaft mit Russland unter dem Dach der OSZE.

Die Münchner Sicherheitskonferenz und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik richten ihre Programme ab sofort durchgängig am Bundestagsbeschluss von 2025 aus, d.h. an der beabsichtigten rein zivilen Sicherheitspolitik. Dazu haben insbesondere auch die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ sowie die bundesweite Kampagne für eine zivile Sicherheitspolitik beigetragen.

2029: Gewaltfreier Umgang mit Konflikten und Resiliente Demokratie werden verbindliche Lehrinhalte an allen Schulen

Nach dem 2025 mit den Bundesländern abgestimmten Beschluss des Bundestags übernehmen die Bundesländer den Gewaltfreien Umgang mit Konflikten sowie Resiliente Demokratie in den Kanon verbindlicher Lehrinhalte für alle Schulformen. Der Unterricht wird bundesweit in Abstimmung mit den Bildungsministerien von zivilgesellschaftlichen Organisationen des Verbands Gewaltfreiheit durchgeführt und verantwortet, um die Bedeutung einer funktionierenden Zivilgesellschaft für eine Resiliente Demokratie zu unterstreichen.

2030: Wirtschafts- und Sicherheitsabkommen mit Russland / der EAWU

Unter dem Dach der OSZE wird die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland / der EAWU begründet. Mit der Schaffung einer gemeinsamen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok überwindet Europa seine wirtschaftliche Spaltung, die mit der Ukrainekrise 2014 ihren Höhepunkt erreicht hatte. In der vereinbarten Partnerschaft werden sowohl die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen Russlands wie all der anderen EU- und EAWU-Partner vollumfänglich anerkannt und miteinander austariert.

Die Bundeswehr beendet ihre Informationsveranstaltungen an Schulen in Deutschland.

2032: Eröffnung des OSZE-Zentrums „Zivile Krisenprävention und -intervention“ in Stockholm und des UN-Zentrums für Sozialen Widerstand in Bonn

Die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und Russland / der EAWU ermöglicht in ganz Europa eine ständige militärische Abrüstung und den Aufbau einer gemeinsamen OSZE-Polizei zur Wahrung aller vereinbarten Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen zwischen den beteiligten Staaten. 70 % der Deutschen zeigen Vertrauen in die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland / der EAWU.

In Folge des deutschen Engagements baut die OSZE ihre Zivile Krisenprävention und -intervention zu einem eigenen Zentrum aus, das in Stockholm eröffnet wird.

In Bonn wird zeitgleich von der UN-Generalsekretärin das UN-Zentrum für Sozialen Widerstand als Ausbildungsstätte für Resiliente Demokratie eingeweiht.

2035: Bundestags-Beschluss zur vollständigen Konversion der Bundeswehr im Jahr 2040

Dank intensiver und kooperativer Zusammenarbeit der deutschen Regierung mit dem Forum Zivile Sicherheit sowie dem Verband Gewaltfreiheit gelingt die Schaffung der Voraussetzungen für den Bundestagsbeschluss im Jahr 2035 zur vollständigen Konversion der Deutschen Bundeswehr zu einem rein zivilen Teil des (Internationalen) Technischen Hilfswerks. Die OSZE wird zur Schlüsselkraft für Frieden und Sicherheit in Europa.

2037: Die NATO akzeptiert den rein zivilen Beitrag Deutschlands zur Friedenssicherung

Beim NATO-Gipfeltreffen akzeptierten die Bündnispartner den zukünftig rein zivilen Beitrag Deutschlands zur Friedenssicherung innerhalb des NATO-Bündnisses.

Die letzten deutschen Rüstungsbetriebe stellen ihre Produktion auf die zivil-technische Ausrüstung des Internationalen Technischen Hilfswerks um.

2040: Vollständige Konversion der Bundeswehr

Das bisherige Bundesministerium für Verteidigung wird zum Ministerium für Zivile Krisenprävention. Die Bundeswehr übergibt ihre letzten Einrichtungen und Ausrüstungsgegenstände an das Internationale Technische Hilfswerk. Deutschland hat seine Sicherheitspolitik komplett auf nachhaltige zivile Sicherheitspolitik umgestellt.

2.2 Die PFEILER nachhaltiger ziwviler Sicherheitspolitik Deutschlands ab dem Jahr 2025

Nach den wegweisenden Beschlüssen des Deutschen Bundestags der Jahre 2025 und 2035 beruht die nachhaltige zivile Sicherheitspolitik Deutschlands ab dem Jahr 2025 auf folgenden Säulen:

1. Gestaltung ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechter Außenbeziehungen
2. Förderung wirtschaftlicher Perspektiven und staatlicher Sicherheit östlich und südlich der EU
3. Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur: Deutschland als Mitglied der EU, der OSZE, der NATO und der UNO
4. Resiliente Demokratie
5. Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie

2.2.1 Gerechte Außenbeziehungen

Überblick 2040

Deutschland, Österreich, Schweden und die Niederlande

- praktizieren ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechte Außenbeziehungen mit ausgeglichener Außenhandelsbilanz
- erhöhen stetig den Anteil des zertifizierten Fairen Handels
- praktizieren einen Lebens- und Wirtschaftsstil, der die ökologischen Ressourcen der Erde nur noch entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in Anspruch nimmt
- setzen ihre im Klima-Abkommen von Paris 2015 zugesicherten Klima-Ziele konsequent um
- investieren in Kooperation mit ihren europäischen Partnern weltweit in die Beseitigung von Hunger, Elend und Krankheiten. Mit 4 Mrd. Euro jährlich ist Deutschland der größte Beitragszahler des UN-Welternährungsprogramms.

Die Folgen dieser Politik sind:

- Die EU hat die Subventionierung von Agrarexporten eingestellt.
- Die strukturelle Benachteiligung des „globalen Südens“ durch eine westlich dominierte Welthandels- und Weltfinanzordnung ist überwunden.
- Es gibt weltweit transparente und klare gesetzliche Regelungen und leistungsfähige Institutionen im Rohstoffsektor, die Konfliktfreiheit sowie die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards entlang der Rohstoffketten garantieren.
- Deutschland zahlt jährlich 6 Mrd. Euro in den UN-Fonds für Nachhaltige Entwicklung ein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung investiert darüber hinaus jährlich 6 Mrd. Euro in den weltweiten Klimaschutz.

Die Globale entwicklungspolitische Rohstoffinitiative

Die Anfang 2012 entstandende entwicklungspolitische Rohstoffinitiative (GeRi) unterstützt die Schaffung transpartenter und klarer gesetzlicher Regelungen und den Aufbau leistungsfähiger Institutionen im Rohstoffsektor.

Basierend auf den Empfehlungen des G8-Gifpels 2007 in Heiligendamm, entwickelte die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2007/2008 im Auftrag der Bundesregierung gemeinsam mit Partnerinstitutionen ein Rohstoff-Zertifizierungssystem (Zertifizierte Handelsketten - Certified Trading Chains), das erstmals gezielt die Herausforderungen des artisanalen Kleinbergbaus berücksichtigte und neben der „Konfliktfreiheit“ auch andere Umwelt- und Sozialstandards überprüfte.

Nach einer erfolgreichen Pilotphase mit fünf Minen in Ruanda setzte sich die deutsche Unterstützung von Zertifizierungsmaßnahmen zunächst in der Region der Großen Seen und später auf dem gesamten afrikanischen Kontinent und weltweit fort.

Die Relevanz des Themans Rohstoffe und Krisenprävention sowie die deutsche Aktivitäten und diesem Bereich wurden durch den 2014 veröffentlichten EU-Verordnungsentwurf zu verantwortungsvollen Importen von Zinn. Tantal, Wolfram sowie Gold auch im internationalem Rahmen betont.

2.2.II Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten

Überblick 2040

- *D*ie Staaten Afrikas, des Nahen Ostens sowie Osteuropas bilden einen stabilen Friedensgürtel in der Nachbarschaft der EU.
- Seit 2030 regelt die Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und der EAWU unter Führung Russlands die Wirtschaftsinteressen aller Beteiligten in einem gemeinsamen Vertrag durch die Ausgestaltung einer gemeinsamen Wirtschaftszone.
- Deutschland ist der wichtigste Unterstützer der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) und trägt mit über 60 % zur entsprechenden EU-Unterstützung des Budgets der Afrikanischen Union (AU) bei.
- Deutschland trägt jährlich 12 Mrd. Euro zum UN-Entwicklungsplan der EU mit den Staaten der Afrikanischen Union und der Arabischen Liga bei. Schwerpunkte sind Fairer Handel, Gute Regierungsführung, Private und Öffentliche nachhaltige Investitionen, Wirtschaftliche Entwicklung von unten, Unternehmerische Entfaltung sowie Jobs und Beschäftigung.
- Die afrikanischen und Nahost-Staaten tragen einen Anteil von 30 % des Energiebedarfs der EU aus regenerativen Quellen bei. Dafür investiert Deutschland jährlich weitere 5 Mrd. Euro in die energetische Infrastruktur der Mittelmeer-Anrainerstaaten.

Der UN-Entwicklungsplan mit Afrika und dem Nahen Osten[9]

Der UN-Entwicklungsplan basiert auf folgenden drei Säulen:

1. Wirtschaft, Handel und Beschäftigung
2. Frieden und Sicherheit
3. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Regeln für die Zusammenarbeit sind:

- Stopp von schädlichen Exporten nach Afrika, vom Freihandel zum fairen Handel, Förderung wirtschaftlicher Strukturen und gezielter Aufbau von Wertschöpfung vor Ort.
- Einhaltung von internationalen Umwelt- und Sozialstandards.
- Austrocknung internationaler Steueroasen; Stopp von illegalen Finanzströmen

9 In Anlehnung, aber auch inhaltlicher Erweiterung an: BMZ (2017).

aus Afrika – auch durch Druck auf die internationalen Finanzmärkte und Banken.

- Einschränkung von Waffenexporten nach Afrika – insbesondere von Kleinwaffen.
- Druck auf Regierungen, die religiösen Extremismus in Afrika finanzieren und damit ganze Regionen destabilisieren.

Motor des Entwicklungsplans ist eine neue Wirtschaftspolitik, deren Schwerpunkte die Diversifizierung der Wirtschaft, der Aufbau von Produktionsketten, die gezielte Förderung von Landwirtschaft sowie kleinen und mittleren Unternehmen, die Aufwertung des Handwerks und damit die Schaffung eines neuen Mittelstands sind. Europa unterstützt dies mit einer Stärkung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt und dem Abbau bestehender Handelshemmnisse.

Stärkung der Friedens- und Sicherheitsarchitektur in Afrika und Nah-Ost

Das im Jahr 2013 veröffentlichte BMZ-Konzept „Entwicklung für Frieden und Sicherheit: Entwicklungspolitisches Engagement im Kontext von Konflikt, Fragilität und Gewalt“ betont begleitend die Bedeutung institutionalisierter und rechtlich abgesicherter Mechanismen der politischen Teilhabe und Aushandlung von Interessen als Voraussetzungen für eine friedliche und inklusive Entwicklung in der Nachbarschaft der Europäischen Union.

Zentrale Partner zur Verhinderung und Entschärfung von Konflikten in Afrika sind die Afrikanische Union (AU) und weitere Regionalorganisationen, die gemeinsam die Afrikanische Friedens- und Sicherheitsarchitektur (APSA) bilden. Deutschland ist der wichtigste Unterstützer der APSA, besonders auch im Hinblick auf die Finanzierung der laufenden Friedensmissionen, und trägt mit über 60 % zur entsprechenden EU-Unterstützung des AU-Budgets bei.

Unterstützung regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren in Afrika

Ein wichtiger Maßnahmenschwerpunkt ist die Unterstützung regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren in Afrika. Schwerpunkt der Förderung ist die Ausbildung afrikanischer Polizistinnen und Polizisten für UN- und AU-Friedensmissionen.

So finanziert die Bundesregierung seit 2008 Ausbildungskurse am Kofi Annan International Peacekeeping Training Center (KAIPTC) in Accra, Ghana. Seit 2012 konnten mehr als 100.000 westafrikanische Polizistinnen und Polizisten ausgebildet werden.

Die Unterstützung afrikanischer regionaler ziviler Friedenssicherungs-Trainingszentren wird flankiert durch eine deutsche Förderung von UNITAR (United Nations Institute for Training an Research). UNITAR unterstützt die afrikanischen zivilen Friedenssicherungs-Trainingszentren bei der Ausbildung für UN-Missionen und baut ein regionales afrikanisches Netzwerk von zivilen Friedenssicherungs-Trainingszentren auf.

Integration der Wirtschaftsräume Russlands / der EAWU und der EU

Auf Betreiben Deutschlands, Österreichs, Schwedens und der Niederlande nehmen 2026 die EU und die 2014 gegründete Eurasische Wirtschaftsunion EAWU (Russland, Weißrussland, Kasachstan, Armenien und Kirgisistan) entsprechend dieser Einsicht Verhandlungen zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftszone von Lissabon bis Wladiwostok auf. Dank dieser Wirtschaftspartnerschaft ab 2030 überwindet Europa seine wirtschaftliche Spaltung, die mit der Ukrainekrise 2014 ihren Höhepunkt erreichte, da darin sowohl die wirtschaftlichen Interessen Russlands wie all der anderen EU- und EAWU-Partner vollumfänglich anerkannt und miteinander austariert werden.

2.2.III Teilhabe an der Internationalen Sicherheitsarchitektur (EU, OSZE, NATO, UNO)

Überblick 2040

- Die OSZE ist die Schlüsselorganisation für Frühwarnung, Krisenprävention, Konfliktlösung und -nachsorge im gesamteuropäischen Raum. Als Unterorganisation der UNO bearbeitet sie sämtliche Konflikte innerhalb Europas mit rein zivilen und polizeilichen Mitteln.
- Unter der Perspektive Gemeinsamer Sicherheit wird Sicherheit in Europa unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Akteure gedacht. Die eigene Sicherheit berücksichtigt stets auch die Sicherheit des Nachbarn und des Gegenübers.
- Deutschland investiert jährlich 6 Mrd. Euro in den Aufbau der gesamteuropäischen UNO-Polizei unter dem Dach der OSZE, die dank ihrer ständigen Einsatzbereitschaft ebenso so schnell und durchsetzungsstark ist, wie man es früher nur von Armeeverbänden kannte.
- Die NATO akzeptiert den rein zivilen Beitrag seiner Mitglieder Deutschland und Niederlande.
- Die Ausbildung der Bevölkerung in Resilienter Demokratie ist als Säule der Gemeinsamen Sicherheitspolitik in der EU, OSZE und NATO etabliert.[10]
- Deutschland trägt mit über 5.000 Polizei- und 50.000 zivilen Fachkräften zu internationalen UNO-Friedensmissionen bei und ist größter Einzahler in den UN-Peacebuilding Fund.
- Deutschland wirbt intensiv für das Ziel, UN-Friedensmissionen generell als Polizeieinsätze zu organisieren und richtet jährlich die UN-Polizeikonferenzen aus.
- Der UNO-Sicherheitsrat besteht nun aus Vertreter*innen regionaler kontinentaler Sicherheitsräte.

Vom Paradigma ‚Nationale Sicherheit‘ zum Paradigma ‚Gemeinsame Sicherheit‘[11]

Gemeinsame Sicherheit ist ein Entwurf, der europäische Sicherheit unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Akteure als Grundlage einer europäischen Friedensordnung denkt. Die eigene Sicherheit muss demnach stets auch die Sicherheit des Nachbarn und des Gegenübers berücksichtigen. Sicherheit ist nicht mehr voreinander, sondern nur noch miteinander zu suchen. Gemeinsame Sicherheit beruht auf der Akzeptanz wechselseitiger ökonomischer und politischer Abhängigkeiten und auf der gemeinsamen und unteilbaren Verantwortung für den Frieden. Dabei werden gesellschaftspolitische Differenzen anerkannt. Das vorrangige Ziel sind koexistenzielle Beziehungen, bei denen ein Wertekonsens nicht erreicht, ein globaler Interessenabgleich aber möglich wird.

Während im Weißbuch 2016 der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik unter dem Paradigma rein nationaler Sicherheit unsere eigenen Anliegen als natürlich berechtigt erscheinen und mit allen zweckdienlichen Mitteln an jedem beliebigen Ort der Welt realisiert werden dürfen – militärische Optionen eingeschlossen –, wird politischen Widersachern dieses Recht nicht zugestanden. Das damit verbundene Risiko für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, das entsteht, wenn jeder dieses Recht für sich in Anspruch nimmt, erwähnt das Weißbuch nicht.

Entsprechend seines Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ aus dem Jahr 2004, zuletzt fortgeschrieben im Jahr 2017 als Leitbild „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“, baut Deutschland vor und nach den Beschlüssen des Deutschen Bundestags für eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik 2025

10 In Anlehnung an FEST (Hrsg. (2017).

11 Vgl. FEST (Hrsg.) 2017, S. 8

und 2035 seine Beiträge zur nicht-militärischen Friedenssicherung unter dem Dach der UNO, der EU und der OSZE aus.

EU – Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

Gemäß Artikel 42 (1) des EU-Vertrages ist die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. „Sie sichert der Union eine auf zivile und militärische Mittel gestützte Operationsfähigkeit. Auf diese kann die Union bei Missionen außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zurückgreifen.“

Deutschland, Österreich, Schweden und die Niederlande beteiligen sich ab 2030 ausschließlich an den zivilen Operationen im Rahmen der GSVP. Diese spielen zwar bereits seit Beginn der 2020er Jahre im Verhältnis zu den militärischen Komponenten der GSVP eine immer größere Rolle, doch erst mit dem Bundestagsbeschluss von 2025 und der nachfolgenden erheblichen Aufstockung der finanziellen Mittel für die zivilen Komponenten der GSVP kann sich diese zu einem bedeutenden Pfeiler der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik entfalten.[12]

OSZE – Schlüsselkraft für Frieden und Sicherheit in Europa

Die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ist für Deutschland die Schlüsselorganisation für Frühwarnung, Krisenprävention, Konfliktlösung und -nachsorge im gesamteuropäischen Raum.

Erklärtes Ziel Deutschlands nach dem Bundestagsbeschluss 2025 ist es, die OSZE mit ihren 57 Mitgliedsstaaten in gemeinsamer Anstrengung aller europäischen Staaten zum alleinigen Sicherheitssystem in Europa auf- und auszubauen. Als Unterorganisation der UNO – wie im Kapitel VIII der UN-Charta beschrieben – soll sie zukünftig sämtliche Konflikte innerhalb Europas mit rein zivilen und polizeilichen Mitteln bearbeiten. Korrespondierend mit dem Aufbau einer internationalen OSZE-Polizei sollen die verbliebenen nationalen Armeen stark abgebaut werden. Möglich wird diese Entwicklung auf der Basis der Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und der Eurasischen Wirtschaftsunion EAWU unter Führung Russlands, die ab 2030 die Wirtschaftsinteressen aller Beteiligten in einem gemeinsamen Vertrag durch die Ausgestaltung einer gemeinsamen Wirtschaftszone regelt.

NATO – Deutschland als rein ziviler Akteur

Seit dem Zweiten Weltkrieg war die Friedensbewegung in Deutschland stark verankert. Bereits die friedliche Revolution, die 1989 die innerdeutsche Mauer zum Einsturz brachte, ließ die Hoffnung aufkeimen, Konflikte in Zukunft generell mit gewaltfreien Mitteln lösen zu können.

Deutsche Bundesregierungen betonten seitdem stetig den Vorrang ziviler Mittel zur Konfliktlösung. Der Einsatz militärischer Gewalt galt stets als letztes Mittel. Bis 2016 investierte Deutschland jedoch mit 36 Mrd. Euro pro Jahr etwa zehnmal höhere Beträge in die militärische als in die zivile Konfliktbearbeitung und -prävention[13].

Bis 2024 erhöht Deutschland seine jährlichen Ausgaben für militärische Verteidigung sogar noch auf über 60 Mrd. Euro.

Mit dem Bundestagsbeschluss 2025 setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Investition in militärische Friedenssicherung sowohl ökonomisch wie sozial gegenüber der rein zivilen Friedenssicherung nicht mehr länger zu rechtfertigen ist.

12 Diese Strukturen sind Teil des Umsetzungsberichts der Bundesregierung zum Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, Berichtszeitraum: 2010–2014, vgl. Die Bundesregierung 2014.

13 Vgl. Bund für Soziale Verteidigung Januar 2017, S. 1

Auch angesichts unserer eigenen gewaltvollen Geschichte bis 1945 sowie auch als Anregung für andere Staaten entscheidet sich Deutschland 2025, bis zum Jahr 2040 als Mitglied der NATO konsequent militärisch abzurüsten und seinen Teil zur gemeinsamen Sicherheit im Rahmen der auszubauenden zivilen Fähigkeiten der OSZE beizutragen. Zudem wird die 2015 im Auswärtigen Amt neu geschaffene Abteilung S „Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge“ bereits bis 2024 stark ausgebaut.

Zwar begegnen die NATO-Partner der zunehmenden Konzentration Deutschlands auf zivile Sicherheitspolitik zunächst mit großem Widerstand, doch mit dem zunehmenden Erfolg der deutschen Diplomatie, der Etablierung der Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft zwischen der EU und der EAWU und den nicht mehr zu leugnenden Beiträgen der zivilen deutschen Fachkräfte zur Krisenprävention und -entschärfung wächst die Bereitschaft, eine völlige Konzentration Deutschlands auf polizeiliche und zivile Sicherheitspolitik zu akzeptieren.

Ab 2040 trägt Deutschland daher ausschließlich mit zivilen Kräften unter dem Dach der OSZE zur gemeinsamen Sicherheit in Europa und der Welt bei. Wird dieser Beitrag zunächst noch skeptisch belächelt und bekämpft, findet er in der NATO doch zunehmende Anerkennung. Zivile Friedensfachkräfte und die Ausbildung der Bevölkerung in Resilienter Demokratie etablieren sich als feste OSZE-Säule und sind als Beitrag der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU auch im Denken und Handeln der NATO verankert.

UNO – Die weltweite Sicherheitsarchitektur

Seit dem 11. September 2001 gewöhnt sich die Welt mehr und mehr daran, dass einzelne Gruppen von Staaten für sich das Recht in Anspruch nehmen, Krieg gegen andere Staaten, halbstaatliche Gruppen oder terroristische Vereinigungen zu führen – auch ohne explizites Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta.

Mit der Reduzierung und schließlich dem Ende der – oft zweifelhaften – Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen verpflichtet der Deutsche Bundestag 2025 und 2035 die Bundesregierung, sich mit Nachdruck für eine Stärkung – statt der weiteren Schwächung – der UNO einzusetzen und sich noch stärker als bisher diplomatisch und humanitär zu engagieren. Das betrifft sowohl die Stärkung und Nutzung der vorhandenen Instrumente der UNO zur friedlichen Konfliktprävention und -beilegung als auch deren Reform und Ausbau.

Richtungsweisend kann bis zum Jahr 2030 das Modell des „Just Policing“ weiter entwickelt werden, wie es im sog. katholisch-mennonitischen Dialog in den USA angelegt worden ist und in einer Studie der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft FEST im Jahr 2017 als Präventivmaßnahme der internationalen Gemeinschaft bei einer Bedrohung des Weltfriedens empfohlen wurde.[14]

Deutschland setzt sich daher ab 2025 dafür ein, den aufsteigenden Mächten und dem globalen Süden eine ihren und seinen Potenzialen entsprechende größere Möglichkeit zur Mitwirkung in diesen Gremien und damit zur gleichberechtigteren Mitgestaltung der internationalen Ordnung zu ermöglichen. Gleichzeitig treibt Deutschland den Ausbau des internationalen Strafrechts unter dem Dach der UNO voran.

Starke Beteiligung an UN-Friedensmissionen

Beteiligte sich Deutschland im Jahr 2014 nur mit 19 Polizei- und 63 zivilen Fachkräften an internationalen UN-Friedensmissionen[15], so steigt diese Beteiligung bis zum Jahr 2030 auf 1.000 Polizei- und 2.000 zivile Fachkräfte. 2017 verpflichtete sich die Bundesregierung in ihren Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ zu einer dauerhaft starken und qualifizierten Unterstützung

14 Vgl. Schabach (2007) und Werkner et al. (2017).
15 Vgl. Bundesregierung 2014, S. 46

internationaler Missionen (Kapitel 3.2.2). Nach dem Bundestagsbeschluss 2025 baut Deutschland sein Engagement an internationalen UN-Friedensmissionen auf über 5.000 Polizei- und 50.000 zivile Fachkräfte aus.

Eine Polizeitruppe für die Vereinten Nationen

*Deutsch*land wirbt intensiv für das Ziel, UN-Friedensmissionen generell als Polizeieinsätze zu organisieren. Das Modell rein polizeilicher Friedensmissionen der UNO findet weltweit immer breitere Unterstützung. Deutschland setzt sich international jetzt klar für die entmilitarisierte Konfliktbearbeitung durch UN-Polizeikräfte und die Ächtung und Abschaffung von Krieg und Militär ein. Neutrale, am Völkerrecht und an Polizeiaufgaben orientierte Polizeitruppen unter dem Kommando der jeweiligen regionalen UN-Sicherheitsräte sollen in allen Fällen zwischenstaatlicher Konflikte und bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Schutz der unmittelbar betroffenen Menschen eingesetzt werden.

Das Konzept für die Ablösung von militärischen Friedenseinsätzen der UNO durch UN-Polizeitruppen wurde bereits seit Anfang des Jahrtausends vom Ökumenischen Rat der Kirchen diskutiert.

2.2.IV Resiliente Demokratie

Überblick 2040

- Flächendeckende Fort- und Ausbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in konstruktiver Konfliktbearbeitung und reflexivem Konfliktverständnis.
- Verstärkte Sozialarbeit verhindert die Ausbreitung von Feindbildern und die Diffamierung von Fremden.
- Flächendeckende Mediationszentren verhindern gewaltsame inter- und intragesellschaftliche Konflikte. Die Zentren stehen allen UN-Mitgliedsländern offen.
- Der Bundesverband Gewaltfreiheit sowie zahlreiche Stiftungen und Lehrstühle befördern die weitere Professionalisierung und Verbreitung nicht-militärischer Konfliktkultur.
- Staat und Zivilgesellschaft sind gegen Freiheitseinschränkungen von innen und außen – auch durch strukturelle Planung und Vorbereitung organisierten Zivilen Widerstands – resilient.
- Alle Kirchen und Religionsgemeinschaften bieten Fort- und Ausbildungen zu Friedensstifter*innen an.
- Zivile Krisenprävention ist das Markenzeichen deutscher, österreichischer, schwedischer und niederländischer Außen- und Sicherheitspolitik
- Zur Verhinderung und Aufarbeitung terroristischer Anschläge sind Polizei und Justiz mit ausreichenden Personal- und Finanzmitteln ausgestattet.
- Regelmäßige unabhängige Studien überprüfen den Ausbildungsstand und die Wirksamkeit der zivilen Konfliktkultur hinsichtlich der Sicherheit des Landes.

Ausbau der zivilen Konfliktkultur

Kernbestandteil des Bundestagsbeschlusses von 2025 ist die konsequente Umstellung deutscher Sicherheitspolitik von einer militärischen auf eine zivile Konfliktkultur. Die besondere sicherheitspolitische Stärke Deutschlands liege in seinen diplomatischen Möglichkeiten und zivilen Fähigkeiten. Mit dem Beschluss des Bundestags von 2025 wird zivile Konfliktbearbeitung in Abstimmung mit den Bundesländern flächendeckend verbindliches Schulfach, so dass heute in Deutschland alle Schüler*innen Gewaltfreie Kommunikation, Mediation und andere Verfahren konstruktiver Konfliktwahrnehmung, -analyse und -bearbeitung erlernen. Zudem wird die Erwachsenenbildung in diesen Bereichen enorm ausgeweitet.

Wissenschaftliche Studien befürworten zivile Sicherheitspolitik

Seit zunehmend Studien[16] und Evaluationen die klare Überlegenheit ziviler gegenüber militärgestützter Konfliktbearbeitung beweisen, kann sich auch die Politik den Fakten und Argumenten gegen eine weitere militärische Sicherheitspolitik nicht mehr entziehen. Die 2022 von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik belegt 2024 die ökonomische und politische Effizienz ziviler Friedenssicherung sowohl im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln als auch in Bezug auf die beabsichtigten Ziele.

Aufbau nationaler und internationaler Mediationszentren

Ab 2018 setzen sich in Deutschland, Österreich, Schweden und den Niederlanden entsprechend folgende sich wechselseitig verstärkende Entwicklungen durch:

- wesentlich erweiterte Ausbildung sowie verstärkter Einsatz von Friedensfachkräften,
- Aufbau von Friedensakademien, die neben der Fachkräfte-Ausbildung, der Auswertung von Erfahrungen und der Vermittlung von Mediationstechniken in alle Teile der Gesellschaft incl. des Diplomatischen Dienstes dienen,
- Einrichtung zahlreicher Mediationszentren für potentiell gewaltsame inter- und intragesellschaftliche Konflikte. In diesen Zentren werden mit Hilfe sehr gut geschulten Personals mehr und mehr diskrete Dialoge zwischen innerdeutschen, innereuropäischen und weltweiten Kontrahenten für die jeweiligen Konfliktfelder geführt. Die Zentren stehen als ein Mittel der Prävention und Deeskalation für alle UN-Mitgliedsländer offen.

Gründung von Fachverbänden und Lehrstühlen

Die Gründung zahlreicher Bundesfachverbände wie der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) 1968, des Bundesverbandes Mediation im Jahr 1992, der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung 1998 sowie des Fachverbandes Gewaltfreie Kommunikation im Jahr 2010 bis hin zum Bundesverband Gewaltfreiheit im Jahr 2026 befördert weiter die Professionalisierung und Verbreitung der zivilen, nicht-militärischen Konfliktkultur. Auch die Zunahme der finanziellen Förderung dieser Kultur durch zahlreiche neugegründete Stiftungen sowie die Gründung zahlreicher Universitätslehrstühle für Friedens- und Konfliktforschung führen zur Reflektion sowie zur gesellschaftlichen und politischen Verbreitung des Wissens um zivile Sicherheitspolitik.

Alle bisher im Bereich militärischer Sicherheitspolitik forschenden und lehrenden Lehrstühle und Akademien wie die Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) richten sich zunehmend und schließlich ganz am Paradigma ziviler Gemeinsamer Sicherheitspolitik aus. Auch die Münchner Sicherheitskonferenz vollzieht im Dialog mit der Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ diesen Paradigmenwechsel nach.

Der Ansatz ‚Gemeinsame Sicherheitspolitik‘

Wissenschaftlich setzt sich immer stärker der Ansatz der Gemeinsamen Sicherheitspolitik[17] durch. In alle Strategieoptionen werden die eigenen Anteile an der Genese sicherheitsrelevanter Probleme mit in die Analyse und die Änderung unseres eigenen Verhaltens als Strategieoption mit einbezogen.

Auch die im Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr aufgeführten Herausforderungen für unsere Sicherheit lassen sich nur noch durch den Ansatz Gemeinsamer Sicherheit bewältigen: Das Auswärtige Amt beförderte dieses Umdenken

16 Z.B. Chenoweth/Stephen (2011), Müller und Büttner (1996).

17 Vgl. Jaberg (2015).

durch zahlreiche Review-Prozesse: gerade die asymmetrischen Kriege, mit denen Deutschland es zunehmend zu tun hat, erfordern ein solches Um- und Neu-Denken oder – wie der Abschlussbericht zum Review-Prozess des Auswärtigen Amtes 2014 titelte – ein „Weiter Denken“.

Der Vielzahl ganz unterschiedlicher Risiken, Konflikte, Krisen und Herausforderungen begegnet die nachhaltige zivile Sicherheitspolitik mit spezifisch zugeschnittenen Strategien und Instrumenten: Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, aktive Mitwirkung in internationalen Organisationen, dem Technischen Hilfswerk, Krisenfrüherkennung und Konfliktprävention, der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, interkulturellen Dialogprozessen, den Mediationszentren sowie polizeilicher Ausbildungshilfe. Immer geht es dabei darum, Interessenausgleiche zu organisieren sowie Konsense zu suchen und zu organisieren.

Auf- und Ausbau Ziviler Friedensdienste

Bereits seit 1999 fördert die Bundesregierung den Zivilen Friedensdienst. Federführend war dabei zunächst das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt (ab 2040 das Bundesministerium für Resiliente Demokratie).

Die zivilgesellschaftlichen Träger dieser Dienste haben sich im Konsortium Ziviler Friedensdienst zusammengeschlossen, um die Unabhängigkeit der friedensfördernden Tätigkeiten weiterhin zu gewährleisten.

Unbewaffnete zivile Friedenssicherung

Unbewaffnete zivile Friedenssicherung (Ziviles Peacekeeping ZPK) bedeutet, dass professionell vorbereitete unbewaffnete Zivilist*innen vor, während oder nach einem gewaltsamen Konflikt eingesetzt werden, um Gewalt zu verhindern oder zu reduzieren, direkten physischen Schutz für bedrohte Zivilbevölkerung zu gewährleisten und um stabile lokale Friedensstrukturen zu stärken oder aufzubauen. Zwischen 1990 und 2015 wendeten weltweit mehr als 50 zivilgesellschaftliche Organisationen die ZPK-Methoden in 35 Konfliktzonen[18] an, bis 2030 wächst diese Zahl auf 80 Organisationen in 500 Konfliktzonen. Zivile Konfliktkultur ermöglicht Bekämpfung von Fluchtursachen.

Dank der Einsparung der finanziellen Mittel für militärische Friedenssicherung allein in Deutschland von 20 bis über 50 Mrd. Euro pro Jahr ab 2025 stehen diese Mittel zur unmittelbaren Bekämpfung von Fluchtursachen in den Ländern östlich und südlich der EU zur Verfügung.

Vorbereitung Zivilen Widerstands

Unsere freiheitliche demokratische Gesellschaftsordnung ist von innen wie von außen gefährdet, wie das Erstarken autokratischer Regierungen auch innerhalb der EU und der NATO zeigt. Ein wichtiger Baustein der nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik ist daher die strukturelle Planung und Vorbereitung organisierten gewaltfreien Sozialen Widerstands gegen den Versuch gewaltvoller Freiheitseinschränkungen von innen wie von außen. Auch wenn derzeit eine unmittelbare Bedrohung Deutschlands durch eine militärische Intervention von außerhalb der NATO praktisch nicht mehr vorkommt, gilt es, unsere Gesellschaft als Resiliente Demokratie auch auf diesen unwahrscheinlichen Fall vorzubereiten, solange das Konzept einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik noch keine weltweite Verbreitung findet.

Auf der Basis des Bundestagsbeschlusses von 2025 wird die flächendeckende Fort- und Ausbildung der deutschen Bevölkerung in den Methoden und Prinzipien des Sozialen Widerstands zur Abschreckung möglicher bewaffneter Interventionen und als Vorbereitung für die Verteidigung und Wiedererlangung der Freiheit im Fall einer bewaffneten oder unbewaffneten Intervention in Deutschland eingeführt.

---

18 Vgl. Bund für Soziale Verteidigung e.V. Juli 2015, S. 5

Unterstützung Zivilen Widerstands im Ausland

Mit dem Beschluss zum **Umstieg Deutschlands von einer militärischen zu einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik** entscheidet sich der Deutsche Bundestag 2025 wie zuvor bereits die Parlamente in Österreich, Schweden und den Niederlanden auch für die Fort- und Ausbildung ausländischer Gruppen in gewaltfreiem zivilen Widerstand, da dieser im Unterschied zu militärischer Rebellion doppelt so erfolgreich ist.

Im Vorfeld des Beschlusses rief vor allem der Beschluss zur Fort- und Ausbildung ausländischer Gruppen in gewaltfreiem zivilen Widerstand internationale Empörung hervor. Viele Länder befürchteten, dass ihre Länder destabilisiert werden, wenn Menschen in zivilem Widerstand geschult werden und fragten an, ob hier nicht die Souveränität ihrer Staaten bedroht sei, wenn Menschen geschult werden, Widerstand gegen den Staat zu leisten. Einige warfen Deutschland vor, mit dieser Aktion ihre eigene Wirtschaft stabilisieren zu wollen, indem sie Menschen z.B. zum Streik anleiten und somit die Wirtschaftsleistung des anderen Lands beschädigen. Ebenso könnten Regierungschefs mit Kampagnen aus ihrem Amt gemobbt werden, wenn sie nicht mit der Politik der deutschen Regierung einverstanden seien. Einige europäische Länder äußerten große Skepsis, da dies anderen Ländern auch erlaube, in ihrem Land Leute im Protest zu schulen. Es wurde besonders befürchtet, dass anti-demokratische Kräfte, diese Schulungen für sich nutzen konnten. Die Bundesregierung zeigte sich verwundert, dass es nach den vielen Gesprächen über die Transformation auf EU und NATO-Ebene, nun so starke Bedenken gegen diese Entscheidung gab. Die Regierung verwies darauf, dass man die Transformation mit den fünf Pfeilern sehen müsse und dazu gehöre auch das Vorhaben der gerechten Außenbeziehungen. Darüber hinaus machte sie deutlich, dass es Schulungen dieser Art schon seit den 90er Jahren gibt. Nach vielen Gesprächen fand man schließlich eine gemeinsamen Weg. Die Schulungen sollten in einem, neu zu gründeten, UN-Schulungszentrum für Zivilen Widerstand in Bonn stattfinden.[19]

Resilienz gegen Terror

Auch für die Bekämpfung des Terrors braucht es kein Militär. Wer Terrorismus als Kriegshandlung begreift und mit Kriegsmitteln bekämpft, spielt den Intentionen der Terroristen in die Hände. Eine nachhaltige zivile Sicherheitspolitik erkennt an, dass Ursachen von Radikalisierung und Terrorismus auch in unserer Gesellschaft selbst zu finden sind. Viele islamistische Gewalttäter haben Wurzeln in unserer Gesellschaft und haben sich mitten unter uns radikalisiert. Perspektivlosigkeit, fehlende soziale Anerkennung und unzureichende politische Teilhabe sind Ursachen von Radikalisierung. Nachhaltige Sicherheit schafft, wer Radikalisierung verhindert und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

2.2.V Konversion der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie

Überblick 2040

- Der Mythos der Wirksamkeit von Gewalt ist überwunden.
- Die Bundeswehr hat ihre letzten Einrichtungen an das (Internationale) Technische Hilfswerk übergeben.
- Aus Deutschland, Österreich, Schweden und den Niederlanden werden keine Waffen mehr exportiert.
- Die Konversion von der Rüstungs- zur zivilen Produktion ist sozialverträglich gestaltet worden.
- Der Internationale Strafgerichtshof hat sowohl führende Köpfe des IS als auch westliche Regierungschefs wegen ihrer Gewalttätigkeit verurteilt.
- Eine globale Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission hat die Vorwürfe islami-

19 Vgl. die hier genannten Bedenken von Paulitz (2017, S.166f).

scher und afrikanischer Staaten gegen westliche Staaten aufgearbeitet.

- Die Finanzquellen von Terror-Organisationen sind weltweit ausgetrocknet.
- Alle Atomwaffen sind aus Deutschland abgezogen.

Entzauberung des Mythos der Wirksamkeit von Gewalt

Zur Konversion der Bundeswehr tragen insbesondere wissenschaftliche Studien bei, die nach und nach den Mythos der Wirksamkeit von Gewalt entzaubern:

1. Sozialer Widerstand ist doppelt so erfolgreich wie bewaffnete Interventionen[20]
2. Das Potential militärischer Interventionen wird chronisch überschätzt[21]
3. Kriege sind stets von Wunschdenken und Machtphantasien geleitet.[22]

Argumente der Bundestagsdebatte 2025

Der Deutsche Bundestag beschließt 2025 und 2035 die Konversion des bisherigen militärischen Pfeilers der deutschen Sicherheitspolitik, der Bundeswehr, zu einem rein zivilen Teil des (Internationalen) Technischen Hilfswerks. Viele Bundeswehrsoldat*innen wechseln in den Polizeidienst oder stärken die Konfliktanalyse- und early-warning-Abteilungen des Auswärtigen Amtes. Das Sanitätswesen der Bundeswehr wird in das Deutsche Rote Kreuz integriert, die Musikcorps der Bundeswehr werden zivile Musikcorps des Bundespräsidialamts.

In der Debatte wurden u.a. die folgenden, z.T. bereits zuvor geäußerten Argumente angeführt:

1. Das Fehlen klarer erfüllbarer Aufträge für robuste Auslandseinsätze.
2. Robuste Militäreinsätze sind nur bei Bruch des Völkerrechts wirksam.
3. Sinnlosigkeit von Bundeswehreinsätzen zur Terrorbekämpfung.[23]
4. Gewaltsam von außen herbeigeführte Regimewechsel funktionieren nicht.[24]
5. Militärische Friedenssicherung ist unvernünftig und unwirtschaftlich.

   Angesichts der Kosten einer Tornado-Flugstunde von 75.000 Euro und des Einsatzes eines US Soldaten in Afghanistan von jährlich 2 Millionen US Dollar, aber nur 50.000 Euro jährlich für den Einsatz eines Mitarbeiters der Nonviolent Peaceforce findet die Unverhältnismäßigkeit militärischer Sicherheitspolitik immer weniger Akzeptanz.
6. Eskalationsdynamiken militärischer Mittel.[25]
7. Höhere Sicherheit durch zivile Konfliktprävention und -bearbeitung.

Die 2024 im Auftrag der Bundesregierung veröffentlichte Studie zu den Möglichkeiten und Grenzen einer nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik rechnet schließlich vor, dass die Sicherheit Deutschlands sich sogar entscheidend erhöhen würde, wenn Deutschland jährlich 60 Mrd. Euro statt in die Bundeswehr konsequent zusätzlich in Flüchtlingshilfe, Fluchtursachenbekämpfung und nachhaltige Entwicklung im In- und Ausland sowie in gewaltfreie Konfliktprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung investieren würde.

Die Reduktion des Bundeswehrpersonals wird sozialverträglich gestaltet. Umgeschulte Angehörige der Bundeswehr arbeiten jetzt im nationalen und internationalen Katastrophenschutz, bei der Flüchtlingsarbeit, in internationalen Gesundheitsbereichen und beim Kampf gegen Hunger.

---

20 Vgl. Chenoweth/Stephen (2011) und nachfolgende Studien.
21 Vgl. Gromes und Dembinski (2013)
22 Vgl. Kolko, (1999, S. 384f.).
23 Vgl. Misereor (2016, S. 5).
24 Vgl. IFSH (2016, S. 7).
25 Vgl. EKD (2013, S. 49).

Beendigung von Rüstungsexporten und Konversion der Rüstungsindustrie

Der Deutsche Bundestag beschließt 2025 als Teil der nachhaltigen zivilen Sicherheitspolitik und Beitrag zu einer Demilitarisierung Europäischer Sicherheitspolitik auch die Beendigung sämtlicher Rüstungsexporte bis zum Jahr 2030 sowie die Konversion aller deutschen Rüstungsbetriebe auf zivile Produkte.

3 ZIVILE SICHERHEITSPOLITIK IN ZAHLEN

Entwicklung relevanter Ausgabenpositionen des Bundeshaushalts im Überblick

Angaben in Mrd. Euro pro Jahr

Ausgabenposition	Jahres-durchschnitt 2010-2013	2024	2030	2040
UN – UN-Entwicklungsplan Afrika und Naher Osten	0	1	4,5	12
UN – Welternährungsprogramm (WFP)	0,1	0,5	2	4
UN – Friedenserhaltende Maßnahmen	0,4	1	2	4
UN – Fonds für Nachhaltige Entwicklung	1	2	4	6
UN – Peacebuilding Fund (PBF)	0,05	0,1	0,5	1
OSZE	0,02	0,1	3	6
NATO Zivile Krisenprävention und -intervention	0	0	1	1
EU – Desertec 2.0 Nordafrika und Naher Osten	0	0	2	5
EU Zivile Krisenprävention und -intervention	0,1	0,2	1	4
Auswärtiges Amt Abteilung Krisenprävention	0,1	0,5	2	4
Ministerium für Resiliente Demokratie				2
Ziviler Friedensdienst ZFD	0,04	0,2	1	2
BMZ Verhinderung von Konflikt, Fragilität und Gewalt	0,1	0,2	1,1	1
BMZ Förderung v. Rechtsstaatlichkeit und Justiz	0,05	0,2	0,5	1
BMZ Klimaschutz	2	3	4	6
Bildungsministerium Zivile Konfliktkultur und Resiliente Demokratie	0	0	0,5	2
Zivilgesellschaftlicher Verband Gewaltfreiheit	0	0	0,2	2
Internationales Technisches Hilfswerk ITHW	0,1	0,2	0,5	5
Bundeswehr (ab 2040 nur Pensionsverpflichtungen)	33	60	40	6
Summe	37,06	69,2	69,8	74

4 TRENDSZENARIO „SCHLEICHENDE MILITARISIERUNG“

2018: Krieg in Syrien und im Irak geht in verminderter Heftigkeit weiter

Die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden empfiehlt im Herbst eine weitere Verbreitung des vom Landeskirchenrat vorgelegten Szenarios „Sicherheit neu denken - von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“.

Der Krieg in Syrien und im Irak geht in verminderter Heftigkeit weiter. Die Zuwanderung von Armuts- und Bürgerkriegsflüchtlingen aus Afrika und Asien nimmt zu.

Das Flüchtlingsabkommen der Türkei mit der EU bleibt dank hoher jährlicher Zusatzzahlungen der EU an die Türkei bestehen.

2019: Der militärische Konflikt in der Ostukraine schwelt weiter

Der militärische Konflikt in der Ostukraine schwelt weiter. Die Bundesregierung drängt auf eine Erhöhung der Anzahl von Beobachtern der OSZE, die „durch ihre Präsenz Spannungen abbauen, sowie Frieden, Stabilität und Sicherheit aufbauen helfen.“ (Leitlinien, S. 42) Deutschland entsendet mehr Personal zu diesem Zweck.

Nach der Vertreibung der Terrororganisation „Islamischer Staat (IS)“ aus dem Irak und aus Syrien und unter dem anhaltenden Druck der Anti-IS-Koalition agieren der IS und die mit ihm verbundenen Organisationen in Nordafrika, im Nahen Osten und in Europa zunehmend in Form unberechenbarer lokaler und regionaler Terrorzellen und terroristischer Einzelkämpfer.

2020: Aufstockung des Bundeswehretats auf 42 Mrd. EUR

Die Synode der EKD sowie die katholische Bischofskonferenz befürworten eine gesteigerte Verantwortung Deutschlands auch im militärischen Bereich. Zwar fordern sowohl die Evangelische wie die Katholische Kirche in Deutschland weiterhin die Erhöhung der Anstrengungen zur zivilen Konfliktbearbeitung, doch geht von der Überarbeitung der EKD-Denkschrift aus dem Jahr 2007 kein entscheidender politischer Impuls in diese Richtung aus.

Aufstockung des Bundeswehretats auf 42 Mrd. €.

2021: Zunehmende öffentliche Demonstrationen

Zunahme von öffentlichen Demonstrationen sowohl seitens nationalistisch-rassistisch orientierter Bewegungen als auch seitens Gruppierungen der Friedens- und Ökologiebewegungen.

Die Militärausgaben der Europäischen Union werden weiter intensiv erhöht.

Alle Gruppierungen der Friedens- und Ökologiebewegungen finanzieren gemeinsam eine Wirksamkeitsstudie zu Militäreinsätzen.

2022: Die NATO beschließt erneut eine Erhöhung ihrer Militärausgaben

Die Wirksamkeitsstudie wird veröffentlicht und empfiehlt alternative Möglichkeiten sozialer und ziviler Friedenssicherung. Die Bundesregierung kommt diesen Vorschlägen nur zögerlich nach und beschließt die Erhöhung des Wehretats auf 50 Mrd. Euro pro Jahr.

Die Zahl der Mitarbeitenden in der Abteilung für Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge im Auswärtigen Amt wird verdoppelt.

Die NATO beschließt zur Stärkung ihres europäischen Pfeilers eine erneute Erhöhung der Militärausgaben ihrer europäischen Mitglieder.

2023: Die Polizei in Deutschland wird zunehmend militärähnlich ausgerüstet

Die Papst-Enzyklika „fructus justitiae pax“ (Jesaja 32,17) mit der Aufforderung zur Gewaltfreiheit und ziviler Konfliktbearbeitung findet in Europa zwar öffentliche, aber keine politische Beachtung.

Die Zahl der Terroranschläge in allen europäischen Ländern ist weiter hoch. In der Türkei eskaliert die Gewalt infolge der versuchten, erfolglosen militärischen Terrorbekämpfung. Die Polizei in Deutschland wird zunehmend militärähnlich ausgerüstet.

Trotz des Pariser Klimaschutz-Abkommens von 2015, das seit 2016 in Kraft ist, werden die verabredeten $C0^2$-Emissionsreduzierungen nicht erreicht.

2024: Saudi-Arabien greift wiederholt militärisch den Iran an

Der lang anhaltende Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran um die Vorherrschaft im Nahen Osten schwelt weiterhin und entlädt sich zunehmend in kleineren militärischen Stellvertreterkonflikten in der Region.

Die Industrienationen erhöhen ihre Zahlungen an die Vereinten Nationen und deren Hilfsorganisationen nicht im erforderlichen Maße, so dass diese nicht mehr in der Lage sind, alle Hungersnöte in den durch den Klimawandel betroffenen Gebieten zu lindern. Auch können nicht mehr alle Geflüchtete durch die UN heimatnah versorgt werden.

2025: Bundestag beschließt Verfassungsänderung: Bundeswehr im Inland einsetzbar

Der Deutsche Bundestag stimmt für die Aufstockung des Wehretats auf 60 Mrd. Euro im Jahr 2030. Dann sollen wieder 250.000 Soldaten unter deutscher Flagge stehen. Der Bundestag beschließt eine Verfassungsänderung, der zufolge zukünftig die Bundeswehr für weitere Fälle im Inland einsetzbar ist.

Von 28 Staaten, die 2017 als durch den Anstieg des Meeresspiegels hoch gefährdet galten, sind bereits 12 in Teilen ihrer Gebiete oder vollständig überflutet. Die Bevölkerungen fliehen in Nachbarstaaten, was diese fragiler macht, als sie ohnehin schon sind. Weltweit entwickeln sich mehr und mehr Staaten zu sogenannten ‚failed states‘.

2026: In Europa demonstrieren immer öfter gewaltbereite Gruppen

Die Europäische Union tritt wirtschaftlich weiter auf der Stelle. Die Arbeitslosenrate in den Nachbarländern Deutschlands steigt auf durchschnittlich 20 %, in Südeuropa gar auf 30 %. In allen Teilen Europas nimmt die soziale Spaltung zu. Immer öfter demonstrieren gewaltbereite Gruppen.

2027: Zusammenbruch afrikanischer Staaten und Zunahme der Zahl der Geflüchteten

20.000 deutsche Soldat*innen sind in 10 Ländern Osteuropas, Afrikas und des Nahen Ostens in UN- und NATO-Auslandseinsätzen, jährlich sterben ca. 10 von ihnen, 500 Soldat*innen werden jährlich in diesen Einsätzen körperlich verletzt.

Zusammenbruch eines weiteren afrikanischen Staates zu einem sogenannten „failed state“ mit entsprechender Zunahme der Geflüchteten, die in die EU streben.

2028: NATO-Mitgliedsstaaten beenden Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs

Die Bundeswehr setzt bei ihren Auslandseinsätzen bewaffnete Drohnen ein und nimmt unschuldige zivile Opfer dieses Drohnenkriegs als „Kollateralschaden“ in Kauf.

Gleichzeitig verstärkt die Bundesregierung ihre Bemühungen um einen Ausbau des „Zivilen Friedensdienstes (ZFD)“ beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Bundesregierung ist bestrebt, die Anzahl der aktiven Friedensfachkräfte im ZFD auf über 800 zu erhöhen.

Deutschland beharrt nach wie vor auf der militärischen „nuklearen Teilhabe“.

Aufgrund vermehrter Anklagen gegen Kriegsverbrecher aus den NATO-Mitgliedsstaaten,

ziehen weitere Staaten ihre Mitgliedschaft im Internationalen Strafgerichtshof zurück.

2029: Weit über 1 Million Geflüchtete erreichen Mitteleuropa

Weit über 1 Million Geflüchtete erreichen jährlich über das Mittelmeer und die Balkanroute Mitteleuropa. Deutschland ächzt unter den Lasten der Finanzierung sogenannter Aufnahmezentren in Nordafrika sowie der nicht enden wollenden Aufnahme und Integration von Geflüchteten im eigenen Land.

2030: Soziale Spannungen in Europa entladen sich immer häufiger gewaltsam

Aufgrund der allgemeinen Klimaerwärmung und der damit verbundenen regelmäßigen Dürre in Nordafrika und infolge des NATO-Kriegs gegen den Terror wächst die Zahl der in Europa ankommenden Geflüchteten auf 1,3 Millionen pro Jahr.

In der EU wachsen aufgrund der zunehmenden Flüchtlingszahlen, der zunehmenden Arbeitslosigkeit und des zunehmenden Terrors die sozialen Spannungen und mit ihnen eine Atmosphäre aufgeladener Spannung, die sich immer häufiger auch gewaltsam entladen.

2035: Zahl der Terroranschläge ist weiterhin hoch

In allen öffentlichen Einrichtungen, auf Straßen und Plätzen patrouillieren Soldaten bzw. Polizisten. Die Zahl der Terroranschläge ist weiterhin hoch.

2040: 28 Staaten sind durch den Anstieg des Meeresspiegels unbewohnbar

Acht weitere Staaten sind durch den Anstieg des Meeresspiegels überflutet und große Teile ihrer Gebiete sind unbewohnbar geworden.

5 NEGATIVSZENARIO „NAHE AM ABGRUND“

2018: Aufstockung der Zahl aktiver Soldat*innen in Deutschland auf 250.000

Der Deutsche Bundestag stimmt für die Wiedereinführung der Wehrpflicht, für die Aufstockung des Wehretats, für die Aufstockung der Zahl der aktiven Soldat*innen von ca. 185.000 im Jahr 2016 auf 250.000 Personen zusätzlich zu den ca. 90.000 Reservist*innen territorialer Truppenreserve. Zudem beschließt der Bundestag die Möglichkeit, die Bundeswehr für alle Gelegenheiten im Inland einzusetzen.

Italien schließt seine Häfen für Geflüchtete. Da die EU sich in der Flüchtlingspolitik weiterhin nicht einigt, werden die Geflüchteten auf „schwimmenden Unterkünften“ im Mittelmeer „zwischengelagert“.

Nach Beschluss der EU-Ratsmitglieder und des EU-Parlaments werden jährlich 100 Mio. EUR aus Mitteln des „Instruments für Stabilität und Frieden“ (IcSP) für die Ausrüstung von Partnerarmeen umgewidmet.

2019: Die Türkei kündigt das Flüchtlingsabkommen mit der EU

Die Türkei kündigt das Flüchtlingsabkommen mit der EU, nachdem das Land die Todesstrafe wieder eingeführt und die EU daraufhin die Beitrittsverhandlungen eingestellt hatte. Sie löst die auf ihrem Territorium bestehenden Flüchtlingslager auf und beginnt den Transport der Geflüchteten in Richtung Europa auf allen zur Verfügung stehenden Wegen: über Land und über See (Schwarzes Meer, Ägäis, Mittelmeer). Die Geflüchteten werden an einsamen Stränden abgesetzt und ihrem Schicksal überlassen. Insbesondere in Südzypern werden innerhalb kürzester Zeit über 300.000 Geflüchtete angelandet.

Der militärische Konflikt in der Ostukraine schwelt weiter.

2020: Der Krieg in Syrien und im Irak flammt wieder auf

Der Krieg in Syrien und im Irak flammt wieder auf. Der Strom der Geflüchteten von dort nimmt rasant zu. In Deutschland nehmen die Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte zu, es kommt vermehrt zu rassistisch motivierten Morden.

Aufstockung des Bundeswehretats auf 69 Mrd. €.

2021: Beendigung des freien Reise- und Güterverkehrs in Europa

Das Schengen-Abkommen wird ausgesetzt. Es gibt keinen freien Reise- und Güterverkehr mehr in Europa.

2022: Insgesamt 6 Millionen Geflüchtete erreichen die EU

Die NATO beschließt zur Stärkung ihres europäischen Engagements eine erneute Erhöhung der Militärausgaben ihrer europäischen Mitglieder.

Seit 2016 sind im Bereich der EU insgesamt 6 Mio. Geflüchtete angekommen. Der überwiegende Teil dieser Geflüchteten, die aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens und aus Afrika kommen, hängt in den Mittelmeer-Anrainer-Staaten fest.

Die Zahl der Terroranschläge in allen europäischen Ländern steigt.

2023: Die Polizei in Deutschland wird zunehmend militärähnlich ausgerüstet

Trotz des Pariser Klimaschutz-Abkommens von 2015, das seit 2016 in Kraft ist, werden die verabredeten CO_2-Emissions-Reduzierungen nicht erreicht. Die durchschnittliche Welttemperatur ist bereits um mehr als 2°C gegenüber der vorindustriellen Durchschnittstemperatur angestiegen. Die dadurch verursachten extremen Wetterverhältnisse wie lang anhaltende Trockenheit oder Überschwemmungen zerstören die Lebensgrundlagen der Einwohner in den betroffenen Ländern, die überwiegend in der Äquatorregion liegen.

Die Polizei in Deutschland wird zunehmend militärähnlich ausgerüstet.

2024: In Deutschland und anderen EU-Ländern wird der Ausnahmezustand verhängt, auch wegen zunehmender Terroranschläge

In allen west- und südeuropäischen Staaten nehmen Demonstrationen gegen die Handlungen der (inzwischen auch in Griechenland) rechts-konservativen Regierungen zu.

In Deutschland wie in vielen anderen EU-Ländern wird der Ausnahmezustand verhängt. Die Bundeswehr wird gegen die überwiegend friedlichen Demonstrierenden eingesetzt, was die gewaltbereiwten Kräfte stärkt. Es werden Notstandsgesetze erlassen mit der Folge einer weitergehenden Aushebelung parlamentarischer Gesetzgebungsverfahren.

Bundespolizei und Bundeswehr werden massiv aufgestockt. Hierfür wird die allgemeine Dienstpflicht für alle arbeitslosen Personen bis zu einem Alter von 50 Jahren eingeführt.

In den Schulen wird Wehrkunde-Unterricht eingeführt.

Deutschland verstärkt seine Waffenexporte und beteiligt sich führend an internationaler Aufrüstung.

2025: Die Bundeswehr setzt regelmäßig bewaffnete Drohnen ein

Die im wesentlichen demokratisch verfassten Staaten in der EU entwickeln sich mehr und mehr zu Autokratien. Die Industrienationen senken die Zahlungen an die Vereinten Nationen und deren Hilfsorganisationen derart, dass diese nicht mehr in der Lage sind, die Hungersnöte in den durch den Klimawandel betroffenen Gebieten zu lindern. Allein in Afrika verhungern bis Jahresende ca. 3 Mio. Menschen.

50.000 deutsche Soldaten sind in 15 Ländern Osteuropas, Afrikas und des Nahen Ostens an UN- und NATO-Auslandseinsätzen beteiligt, jährlich sterben ca. 1.000 von ihnen, 5.000 Soldat*innen werden jährlich in diesen Einsätzen körperlich verletzt.

Die Bundeswehr setzt bei ihren Einsätzen regelmäßig bewaffnete Drohnen ein und nimmt jährlich 500 unschuldige zivile Opfer dieses Drohnenkriegs als „Kollateralschaden“ in Kauf.

Von 28 Staaten, die 2017 als durch den Anstieg des Meeresspiegels hoch gefährdet galten, sind bereits 18 in Teilen ihrer Gebiete oder vollständig überflutet. Die Bevölkerungen fliehen in Nachbarstaaten, was diese fragiler macht, als sie ohnehin schon sind. Weltweit entwickeln sich mehr und mehr Staaten zu sogenannten ‚failed states‘.

2026: Signifikanter Anstieg der Klimaflüchtlinge

Signifikanter Anstieg der Klimaflüchtlinge. Bemühungen der Regierungen der betroffenen Länder, Flüchtlinge in Gebiete zu transportieren, die noch nicht so stark vom Klimawandel betroffen sind. In Afrika verhungern in diesem Jahr ca. 7 Mio. Menschen.

2027: Gründung des Verbands deutscher bewaffneter Bürgerwehren

Lediglich 4 Mio. Geflüchtete aus Afrika erreichen in diesem Jahr die Küsten der Europäischen Union.

Humanitäre Rettungsaktionen für Bootsflüchtlinge im Mittelmeer werden auf Beschluss von EU und NATO gestoppt. Bootsflüchtlinge werden durch Verordnungen zu unbewaffneten Angreifern deklariert und das Versenken der Boote wird gerechtfertigt. Menschenrechtsorganisationen schätzen die Zahl der hierdurch Getöteten auf 2 Mio. Personen.

Zusammen mit den Geflüchteten aus dem Nahen Osten befinden sich zum Jahresende ca. 18 Mio. Geflüchtete auf dem Gebiet der Europäischen Union.

Gründung des zivilgesellschaftlichen Verbands deutscher bewaffneter Bürgerwehren mit 250 Organisationen.

2028: Eine Weltwirtschaftskrise bricht aus, der Welthandel bricht ein

Eine Weltwirtschaftskrise bricht aus, der Welthandel bricht ein, in Deutschland wächst die Arbeitslosenquote auf 20 %. In den am

Mittelmeer liegenden EU-Ländern beträgt die Arbeitslosenquote sogar 35%. Die ökonomischen Verwerfungen zwischen den EU-Staaten führen zu einem Auseinanderbrechen der EU. Die deutsche Regierung reagiert mit dem Beschluss zum Bau eines sechs Meter hohen Grenzzauns an den Außengrenzen Deutschlands sowie der Aufstockung der deutschen Grenzpolizei auf 50.000 schwer bewaffnete Kräfte.

2029: NATO und Russland drohen gegenseitig mit dem Ersteinsatz von Kernwaffen

Der Konflikt zwischen der NATO und Russland an der baltischen Grenze zu Russland eskaliert. Sowohl die NATO als auch Russland drohen mit dem Ersteinsatz von Kernwaffen, nachdem der Deutsche Bundestag diesen Ersteinsatz ausdrücklich befürwortet hat.

Pakistan schießt aus Versehen im Rahmen eines Militärmanövers eine atomar bestückte Mittelstreckenrakete auf einen indischen Militärkomplex, der in einer indischen Wüste liegt. Pakistan entschuldigt sich sofort bei der indischen Regierung. Noch am gleichen Tag tritt der UN-Sicherheitsrat zusammen. Durch einen einstimmigen Beschluss seiner Mitglieder und vorangegangenen intensiven Verhandlungen mit den Konfliktparteien gelingt es, eine Eskalation zu einem Atomkrieg zu verhindern. Pakistan erklärt sich bereit, für alle Kosten im Zusammenhang mit diesem Zwischenfall aufzukommen.

2030: Insgesamt 32 Mio. Geflüchtete befinden sich in der Europäischen Union

In den zurückliegenden 15 Jahren sind insgesamt 32 Mio. Geflüchtete auf das Gebiet der Europäischen Union gekommen; ursächlich sind die katastrophalen Klimaveränderungen und die andauernden militärischen Auseinandersetzungen im Vorderen Orient, in der Ukraine und in Afrika.

2035: Auflösung der OSZE

Auflösung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nach schwerwiegenden diplomatischen Auseinandersetzungen.

2040: Aufstockung des jährlichen Bundeswehretats auf 90 Mrd. Euro

Aufstockung des jährlichen Bundeswehretats auf 90 Mrd. Euro.

In diesem Jahr sind alle 28 Staaten, die durch den Meeresspiegel als gefährdet galten, überflutet und die Gebiete unbewohnbar.

6 LITERATUR

Albers, Olaf und Broux, Arno (1999): Zukunftswerkstatt und Szenariotechnik. Ein Methodenbuch für Schule und Hochschule. Weinheim u. Basel: Beltz-Verlag.

Birckenbach, Hanne-Margret (2016): Von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik. In: FFE-Rundbrief (1), S. 3–8. Online verfügbar unter http://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=65296, zuletzt geprüft am 14.12.2017.

Brot für die Welt, Hintergrund: „Instrument für Stabilität und Frieden" (IcSP) und „ständige strukturierte Zusammenarbeit" (PESCO), Fact Sheet, Berlin, November 2017. Online verfügbar unter http://konfliktbearbeitung.net/sites/default/files/factsheet_icsp_hintergrund_29_11_ 2017.pdf, zuletzt geprüft: 09.01.2018.

Bund für Soziale Verteidigung (2017): Abrüstung, Rüstungskontrolle und Zivile Konfliktbearbeitung in der deutschen Bundespolitik: Wie viel wird wofür ausgegeben? Minden.

Bund für Soziale Verteidigung (2015): Nonviolent Peace Force Ziviles Peacekeeping – Fallstudien (Hintergrund- und Diskussionspapier, 44).

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) (2017): Afrika und Europa – Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Berlin und Bonn. Online verfügbar unter http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/ infobroschueren/Materialie310_Afrika_Marshallplan.pdf, zuletzt geprüft am 14.12.2017

Chenoweth, Erica; Stephan, Maria J. (2011): Why civil resistance works. The strategic logic of nonviolent conflict. New York, NY – dt. Zusammenfassung auf http://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=86547

Die Bundesregierung (2017): Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern. Leitlinien der Bundesregierung. Berlin. Online verfügbar unter http://www.peacelab2016.de/fileadmin/ user_upload/170614-leitlinien_Krisenpraevention_Konfliktbewaeltigung_Friedensfoerderung_ DL.pdf, zuletzt geprüft am 14.12.2017.

Die Bundesregierung (2014): Vierter Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung". Berichtszeitraum: Juni 2010– Mai 2014. Berlin. Online verfügbar unter http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/ zivik/2014_Aktionsplan_4_de.pdf, zuletzt geprüft am 14.12.2017.

EKD (2013). Stellungnahme „Selig sind die Friedfertigen – Der Einsatz in Afghanistan: Aufgaben evangelischer Friedensethik" der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD, ekd texte 116, Dezember 2013.

FEST (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft) (Hrsg.) (2017): Berliner Memorandum „Sicherheit neu denken – Wege des Friedens in Europa". vom 2. Mai 2017. Online verfügbar unter http://www.fest-heidelberg.de/images/publikation/Werkner_et_al_2017_Berliner_ Memora ndum_Sicherheit_neu_denken_-_Wege_des_Friedens_in_Europa.pdf, zuletzt geprüft am 14.12.2017.

Gromes, Thorsten; Dembinski, Matthias (2013): Bestandsaufnahme der humanitären militärischen Interventionen zwischen 1947 und 2005. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK-Report, 2013,2), zuletzt geprüft am 14.12.2017.

IFSH (2016): Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr" am IFSH „Weißbücher haben ausgedient! Plädoyer für ein friedens- und sicherheitspolitisches Grundlagendokument der Bundesregierung", Januar 2016.

Jaberg, Sabine (2015): Das »Weißbuch 2016« Kontinuität oder Kurswechsel?, in Wissenschaft & Frieden 2015-4: Deutsche Verantwortung – Zäsur oder Kontinuität?, Seite 15–18.

King, Martin Luther (1981): Testament der Hoffnung. Letzte Reden, Aufsätze und Predigten, Gütersloh, Gütersloher Verlagshaus.

Kolko, Gabriel (1999): Das Jahrhundert der Kriege, Frankfurt.

Misereor (2016). Positionspapier zum Bundeswehreinsatz in Syrien „Wer Frieden will, muss vom Frieden her denken!", 11.01.2016.

Müller, Barbara und Büttner, Christian (1996): Optimierungschancen von Peacekeeping, Peacemaking und Peacebuilding durch gewaltfreie Interventionen? Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung. Arbeitspapier Nr. 4. Wahlenau 1996.

Nowzad, Ramin M. (2016): Herr Pinker rechnet mit Frieden. *Amnesty Journal* 1/2016, S. 34–37.

Paulitz, Henrik (2017): Anleitung gegen den Krieg. Analysen und friedenspolitische Übungen. 2. Auflage. Seeheim-Jugenheim: Akademie Bergstraße.

Schlabach, Gerald (Hrsg.) (2007): Just policing, not war. An alternative response to world violence. Collegeville, Minnesota

Werkner, Ines-Jaqueline et al. (2017): Just Policing – eine Alternative zur militärischen Intervention? Heidelberg: FEST.

Wissenschaftlicher Dienst Deutscher Bundestag (2017): WD 2 - 3000 - 034/17 (21. März 2017)

Wir danken folgenden Expert*innen für ihre persönlich bzw. schriftlich übermittelte Kritik und ihre Anregungen.

Prof. em. Dr. Hanne-Margret Birckenbach, Hamburg; Pfr. i.R. Werner Dierlamm, Mitbegründer von „Ohne Rüstung Leben“, Schorndorf; Florian Kling, Jugendoffizier, Mannheim; Dr. Martina Fischer, Brot für die Welt, Berlin; Oberkirchenrätin i.R. Antje Heider-Rottwilm, Church and Peace, Berlin; Dr. Thomas Mohr, Psychologischer Psychotherapeut, München; Henrik Paulitz, Leiter der Akademie Bergstraße für Ressourcen-, Demokratie- und Friedensforschung; Prof. Dr. Imran Schröter, Institut für Islamische Theologie/Religionspädagogik Ph Karlsruhe; Cornelius Schubert, Student, Karlsruhe; Otmar Steinbicker, Journalist, Aachen; Prof. Dr. Christoph Weller, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung, Universität Augsburg; Pfr. Dr. Marc Witzenbacher, Geschäftsstelle der ACK, Franktfurt

Mitglieder der Arbeitsgruppe „Sicherheit neu denken“

Ralf Becker (Koordinator gewalt*frei* handeln, Wethen), Stephan Brües (Vorsitzender Bund für Soziale Verteidigung), Wiesloch), Aline Jung (Evangelische Frauen in Baden, „Frauen unterwegs für das Leben“, Ettenheim), Christof Grosse (Sprecher der pax christi Kommission Friedenspolitik, Pforzheim), Lucas Gutjahr (Leitungskreis im Jugendwerk Karlsruhe), Dr. Dirk-M. Harmsen (Leitungskreis Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden, Karlsruhe), Michael Held (Ökumenisches Netz Deutschland, Bad Hersfeld †), Christian Keller (Dekan i.R., Villingen), Stefan Maaß (Arbeitsstelle Frieden im Evangelischen Oberkirchenrat; Leiter der Projektgruppe, Karlsruhe), Oberkirchenrat Prof. Dr. Christoph Schneider-Harpprecht (Evangelischer Oberkirchenrat, Karlsruhe), Theodor Ziegler (Forum Friedensethik, Koord.kreis Friedensethische Neuorientierung, F–68600 Algolsheim)

Obwohl das Szenario „Sicherheit neu denken - von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ von der gesamten Arbeitsgruppe erarbeitet wurde, sollen hier die Autoren genannt werden, die die Vorlage für die einzelnen Bestandteile erarbeitet haben.

Kapitel 1: Einleitung
(Ralf Becker, Stephan Brües, Stefan Maaß)

Kapitel 2: Positivszenario
(Ralf Becker, Stephan Brües, Christoph Grosse)

Kapitel 3: Trendszenario
(Dr. Dirk-M. Harmsen, Christian Keller, Stephan Brües)

Kapitel 4: Negativszenario
(Dr. Dirk-M. Harmsen, Christian Keller)

Zivile Sicherheitspo

I

Gerechte Außenbeziehungen

- *Globale Soziale Marktwirtschaft*
- *Fairer Rohstoffhandel*
- *Klimaverträglicher Lebensstil*
- *Starke Beiträge in UN-Fonds*

II

Nachhaltige EU-Nachbarschaft

- *„Marshallplan" mit Afrika und dem Nahen Osten*
- *Friedens- und Sicherheits-architektur*
- *Wirtschafts- und Sicherheitspart-nerschaft EU-EAWU/Russland*

III

Friedenslogische Sicherheits-architektur

- *Gemeinsame Sicherheit*
- *EU (GSVP)*
- *OSZE (Polizei)*
- *NATO (Deutschland als rein ziviler Ak-teur)*
- *UNO (demokratisiert)*

Lesen Sie auch die 168-seitige detaillierte Darstellung dieses Szenarios!

Das Buch bietet zusätzlich zu dieser Kurzfas-sung:

Zahlreiche weitere konkrete Beispiele, wie zivile Sicherheitspolitik schon heute funk-tioniert:

- Beispiele gelungener ziviler Schutz-begleitung in bewaffneten Konflikten
- Beispiele gelungenen örtlichen gewalt-freien Widerstands in bewaffneten Kon-flikten
- 21 von 55 gelungenen Beispielen zivilen Widerstands in nationalen Konflikten von 1907 bis 2014
- Beispiele der Rettung fast sämtlicher Juden durch erfolgreichen zivilen Wider-stand in sechs europäischen Staaten unter Hitler
- Beispiele erfolgreicher Christlich-Islami-scher Friedensinitiativen
- Beschreibung erfolgreicher lokaler Friedenszonen in bewaffneten Konflikten
- Umfassende Beschreibung des Konzepts und von Erfolgsfaktoren des Zivilen Wi-derstands

litik

Resiliente Demokratie

- *Friedensbildung*
- *Zivile Krisenprävention*
- *Zivile Friedensdienste*
- *Einüben von zivilem Widerstand*
- *Mediationszentren*
- *Resilienz gegen Terror*

Konversion der Bundeswehr

- *Überwindung des Mythos der Gewalt*
- *Qualifizierung von Soldaten für Polizei und Katastrophenschutz*
- *Ausbau des Technischen Hilfswerks*
- *Konversion der Rüstungsindustrie*

Ausführliche Entwürfe der zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Kampagnen- die zu den Bundestagsbeschlüssen der Jahre 2025 und 2035 führen

Ein Modell zivilen Widerstands gegenüber Terrororganisationen wie dem IS

Ausführliche Darstellung der Friedenslogik von Hanne-Margret Birckenbach

Klare Definitionen des Begriffs „Resiliente Demokratie“

Bestell-Kontakt:

Sie können das Buch in unserem E-Shop für 9,95 Euro bestellen: http://shop.ekiba.de/

www.ekiba.de

EVANGELISCHE
LANDESKIRCHE
IN BADEN